

## **EGB-CEEP-EFEE-ETUCE-Projekt**

**Intensivierung der Beteiligung der Sozialpartner an der EU-Unterstützung für öffentliche Mittel für berufliche und allgemeine Bildung**

**Ergebnisse der unionsweiten Analyse:**

# **FONDS UND FINANZINSTRUMENTE AUF EU-EBENE FÜR ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND DIE ROLLE DER SOZIALPARTNER**

**Verfasser:**

**Eckhard Voss, Barbara de Micheli, Katharina Schöneberg, Simone Rosini**

*Hamburg und Rom, November 2016*

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Steigender Investitionsbedarf auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung – quantitative Grundlagen</b>	<b>8</b>
2.1	Die Spezifität öffentlicher Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung .....	8
2.2	Quantitative Tendenzen in der Gesamtmittelausstattung für öffentliche Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung in den letzten Jahren, Auswirkungen der Krise .....	9
2.3	Unternehmensinvestitionen in Mitarbeiterschulung .....	12
2.4	Private Sozialinvestitionen in Bildung und Social Impact Bonds .....	13
2.5	Auswirkungen von Unterinvestition in allgemeine und berufliche Bildung .....	16
<b>3</b>	<b>Bestandsaufnahme der EU-Förderungsinstrumente für Investitionen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung</b>	<b>19</b>
3.1	Übersicht.....	19
3.2	Europäischer Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) .....	20
3.2.1	Europäischer Sozialfonds (ESF).....	21
3.2.2	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) .....	24
3.2.3	Weitere ESI-Fonds (Kohäsionsfonds, ELER, EMFF) .....	26
3.3	Erasmus+.....	28
3.4	Jugendbeschäftigungsinitiative und Jugendgarantie.....	31
3.5	Horizont 2020 .....	33
3.6	EaSI-Förderung .....	35
3.7	Haushaltslinien für den sozialen Dialog .....	37
3.8	Sonstige (COSME, CIP, EGF, LIFE, Gesundheit etc.) .....	38
3.9	Bildung und die Investitionsoffensive für Europa.....	41
3.9.1	Die Investitionsoffensive für Europa und der EFSI .....	41
3.9.2	EIB-Darlehen im Bildungsbereich .....	44
3.10	Initiativen zur Förderung öffentlich-privater Partnerschaften für Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung .....	45
3.10.1	Definition öffentlich-privater Partnerschaften.....	45
3.10.2	Durch die EIB finanzierte öffentlich-private Partnerschaften .....	47
<b>4</b>	<b>Leitung, Koordination, Transparenz und Beteiligung der Sozialpartner im Bereich der Allgemein- und Berufsbildungspolitik</b>	<b>48</b>
4.1	EU-weite Allgemein- und Berufsbildungspolitik – ein Überblick .....	48

4.2	Beteiligung und Einfluss der Sozialpartner auf die Leitung und Umsetzung der Allgemein- und Berufsbildungspolitik der EU .....	49
4.2.1	Europäische Allgemein- und Berufsbildungspolitik .....	49
4.2.2	ESI-Fonds / ESF .....	50
4.2.3	Leitung und Entscheidungsfindung im Kontext der Investitionsoffensive für Europa	51
<b>5</b>	<b>Schlussfolgerungen</b>	<b>53</b>
<b>Anhang</b>	<b>56</b>	
	Datentabellen.....	56

## 1 EINFÜHRUNG

Unter Wahrung der Kompetenz der Mitgliedsstaaten für ihre Allgemein- und Berufsbildungssysteme liefern die allgemeine und berufliche Bildung einen wesentlichen Beitrag zu diversen EU-Strategien und -Initiativen, darunter die Strategie Europa 2020, die Jugendgarantie, der Digitale Binnenmarkt, die Europäische Sicherheitsagenda und die Investitionsoffensive für Europa. Auch das Aufkommen von gewalttätigem und nationalistischem Extremismus und Fundamentalismus in ganz Europa während der letzten Jahre erinnert uns daran, dass allgemeine und berufliche Bildung eine bedeutende Rolle für soziale Integration, Chancengleichheit und eine Kultur von gegenseitigem Respekt und fundamentalen Werten spielt. Allgemeine und berufliche Bildung müssen daher gestärkt und unterstützt werden, um den Zugang zu qualitativ hochwertigem Lernen für alle zu erleichtern, um eine Segmentierung des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft zu vermeiden und um in ganz Europa sozialen Aufstieg und Konvergenz zu ermöglichen.

Die letzte Ausgabe des Anzeigers für allgemeine und berufliche Bildung<sup>1</sup> der Europäischen Kommission zeigt jedoch, dass große Herausforderungen noch unbewältigt sind oder sogar noch dringlicher geworden sind:

- ▶ Ein Fünftel der Fünfzehnjährigen in der EU ist noch stets schwach in Lesen, Naturwissenschaften und Mathematik und erreichen Stufe zwei nach OECD-Pisa nicht; ein Fünftel der Erwachsenen weist eine Lese-, Schreib- und Rechenschwäche auf und nur 10,7% der Erwachsenen nehmen am lebenslangen Lernen teil.
- ▶ Es gibt mehr als 5 Millionen Schulabbrecher in der EU und nur 19 Mitgliedsstaaten haben das Ziel von Europa 2020 erreicht, diesen Anteil auf unter 10% zu bekommen, wobei in den jüngsten Jahren nur wenig Fortschritt zu verzeichnen ist. Hier ist festzuhalten, dass etwa 60% der Schulabbrecher entweder arbeitslos oder nicht erwerbstätig sind. Ein weiterer alarmierender Indikator besagt, dass im Ausland geborene Schüler mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit vorzeitig aus dem Allgemein- und Berufsbildungssystem aussteigen werden, wie im Inland geborene Schüler.<sup>2</sup>
- ▶ Bezüglich der höheren Bildungsabschlüsse gab es signifikante Fortschritte. 2014 hatten 16 Mitgliedsstaaten das Kernziel von Europa 2020 erreicht. Das Problem der Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen hat sich jedoch in den durch die Krise am stärksten betroffenen Ländern zu einem ernstzunehmenden Problem entwickelt.

Vor diesem Hintergrund sind Investitionen in Allgemein- und Berufsbildungssysteme sowie deren Modernisierung und Anpassung eine unerlässliche Bedingung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Dennoch haben in den vergangenen Jahren

---

<sup>1</sup> Europäische Kommission 2015: Anzeiger für allgemeine und berufliche Bildung 2015. Generaldirektion für Bildung und Kultur, S. 37.

<sup>2</sup> Ibid, S. 35.

mehrere Mitgliedsstaaten (und nicht nur die am stärksten durch die Krise getroffenen Länder) ihre Ausgaben für allgemeine und berufliche Bildung real gekürzt. Nach dem Entwurf des Gemeinsamen Berichts 2015 über die Umsetzung des Rahmens Allgemeine und berufliche Bildung 2020 wird eine der fünf wesentlichen Herausforderungen zum Erreichen von relevantem und qualitativ hochwertigem Lernen darin bestehen, die Investitionslücke auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung zu schließen:<sup>3</sup>

*„Das legt nahe, dass die Mitgliedstaaten bei der Erarbeitung von Reformen unterstützt werden sollten, die innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtkontexts für mehr Effizienz bei Bereitstellung eines hochwertigen Bildungs- und Berufsbildungsangebots sorgen. Die Investitionsoffensive für Europa, das Programm Erasmus+ und die europäischen Struktur- und Investitionsfonds sowie die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und Horizont 2020 können Anreize für Investitionen geben, die Umsetzung der Prioritäten von ET 2020 unterstützen und zugleich enge Verbindungen zur Politik gewährleisten.“*

Das gemeinsame Projekt von EGB, CEEP, EFEE und ETUCE behandelt ein hoch relevantes Thema der EU-Politik, indem es den Schwerpunkt auf das Thema öffentlicher Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung über EU-Fonds legt. Diese Studie behandelt ein wesentliches Element des sozialen Investitionsansatzes, der durch Behörden, Interessengruppen von Unternehmen, Arbeitgeber und Gewerkschaftsorganisationen als ein Bereich identifiziert wurde, in dem dringend verstärkte Maßnahmen erforderlich sind, um „fit for future“ zu werden. Diese Dringlichkeit wurde kürzlich durch Initiativen zur Mobilisierung privater Investitionen in berufliche und allgemeine Bildung illustriert, wie die Vorstellung der „Investitionsoffensive für Europa“ der Europäischen Kommission.<sup>4</sup>

Das Projekt der europäischen Sozialpartner wurde im Lichte ihrer starken Erfahrung mit und Beteiligung an der Gestaltung von Allgemein- und Berufsbildungsstrategien auf EU-Ebene entwickelt. Viele Beurteilungen haben gezeigt, dass eine starke und proaktive Beteiligung der Sozialpartner an den Strukturfonds sowie an Allgemein- und Berufsbildungsprogrammen als ein wichtiges Element von Effizienz, Eignung und Effektivität betrachtet werden sollten. Zugleich wurde gezeigt, dass zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitiken und -reformen einerseits und EU-Strategien für die Unterstützung von Investitionen und kohärenter strategischer Ausrichtung in Allgemein- und

---

<sup>3</sup> Europäische Kommission 2015: Entwurf des gemeinsamen Berichts des Rates und der Kommission 2015 über die Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET2020) Neue Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung. Brüssel, 26.8.2015 KOM (2015) 408 endg.

<sup>4</sup> Europäische Kommission 2014: Eine Investitionsoffensive für Europa. Brüssel, 26. November 2014, KOM (2014) 903 endg.; Europäische Kommission 2016: Investitionsoffensive. Juncker, Jean-Claude (2014): Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission, Straßburg, 15. Juli 2014.

Berufsbildungspolitiken andererseits eine allgemeine „Ambivalenz“ und Widersprüchlichkeit besteht.<sup>5</sup>

Ein weiterer Faktor, der dieses Projekt unterbaut, ist die Beteiligung der Sozialpartner an Allgemein- und Berufsbildungspolitiken und Investitionsentscheidungen auf europäischer und nationaler Ebene. Es besteht eine signifikante Informationslücke bezüglich der Beteiligung der Sozialpartner an Politik und Entscheidungsfindung, auch an Entscheidungen, die über Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung getroffen werden. Es hat sich auch gezeigt, dass die Praxis nicht immer politischen Empfehlungen und Leitlinien folgt. So betont die Europäische Kommission beispielsweise regelmäßig, dass es eine starke Korrelation zwischen „Weltklasse“-Berufsbildungssystemen und der Fähigkeit gibt, sich an aktuelle und zukünftige Bedürfnisse anzupassen, wobei einerseits das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage bewältigt und andererseits höhere Beschäftigungsraten von Jugendlichen erreicht werden müssen. Hinsichtlich einer starken Rolle der Sozialpartner<sup>6</sup> wurde die Situation in den meisten EU-Mitgliedsstaaten jedoch als unzureichend beschrieben<sup>7</sup>. Eine ähnliche Beurteilung kann in Bezug auf die nationale Steuerung der EU-Strukturfonds und der Beteiligung der Sozialpartner an Programmgestaltungs-, Planungs-, Umsetzungs-, Überwachungs- und Beurteilungspraktiken vorgenommen werden.

Das allgemeine Ziel des Projekts besteht darin, die Finanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten für die berufliche und allgemeine Bildung auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene und die Rolle der Sozialpartner in der Entscheidungsfindung und Nutzung dieser Mittel darzustellen.

Dieses Ziel wird durch zwei Forschungsstudien unterstützt: Eine erste Studie behandelt die EU-Ebene und konzentriert sich auf den aktuellen Status der EU-Förderung und -Investitionen, die für die berufliche und allgemeine Bildung aufgewendet werden, ferner umfasst sie eine Analyse der Rolle der Sozialpartner bei der Entscheidung über und der Umsetzung der EU-Förderung. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Bestandsaufnahme und Analyse auf EU-Ebene wird die zweite Studie, die später 2016 und in der ersten Hälfte von 2017 durchgeführt werden wird, eine Analyse auf nationaler Ebene sein, die sich auf die Umsetzung der EU-Förderung und von Investitionsmöglichkeiten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene in 15 EU-Mitgliedsstaaten konzentriert.

Beide Studien sollen zum Austausch zwischen den beteiligten europäischen und nationalen Parteien und zur Ausarbeitung politischer Empfehlungen durch die Sozialpartner auf EU-Ebene in zwei Konferenzen beitragen, wovon eine sich auf die

---

<sup>5</sup> Agostini, Chiara/Natali, David 2015: The EU's ambivalent involvement in education and training policies. In: Natali, David/Vanhercke, Bart (eds.): Social policy in the European Union: state of play, ETUI Brüssel, S. 153-182.

<sup>6</sup> EU-Kommission 2012: Mitteilung: „Neue Denkansätze für die Bildung: Bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen“, Straßburg, 20.11.2012. KOM (2012) 669 endg.).

<sup>7</sup> ETUI 2010: The European Social Fund 2007-2013. A handbook for trade unions. 2. Ausgabe, ETUI, Brüssel.

Beteiligung auf EU-Ebene und die andere auf die Rolle der Sozialpartner bei Entscheidungen und bei der Nutzung von EU-Mitteln auf nationaler Ebene konzentriert.

Dieser Bericht fasst die wichtigsten Ergebnisse der Analyse der EU-Ebene zusammen. Sie basieren vorwiegend auf Sekundärforschung, fassen Resultate bereits bestehender Forschung, offizielle Dokumente und andere Institutionsquellen sowie Gespräche mit wichtigen Akteuren und Institutionen zusammen, die auf EU-Ebene beteiligt sind (diverse Generaldirektionen der Europäischen Kommission, Finanzinstitute, Vertreter der Sozialpartner auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung).

Der Bericht besteht aus vier Teilen, die wichtige Forschungsfragen der Analyse der EU-Ebene reflektieren: Kapitel 2 bietet eine Übersicht des aktuellen Status öffentlicher und privater Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung, mit einem Schwerpunkt auf Investitionslücken und Investitionsbedarf. Kapitel 3 – das wesentliche Kapitel dieses Berichts – fasst die Ergebnisse unserer Bestandsaufnahme der wichtigsten EU-Förderungsinstrumente und -programme zusammen, die für Investitionen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Verfügung stehen. Hier enthält die Analyse auch Informationen über die Erfahrung europäischer Sozialpartner mit der direkten Nutzung der verfügbaren Mittel und deren Beteiligung an Leitungs- und Entscheidungsfindungsprozessen der verschiedenen Förderungsinstrumente und -programme. Kapitel 4 bietet eine Übersicht der Steuerung auf EU-Ebene auf dem Gebiet der Allgemein- und Berufsbildungspolitik, einschließlich jüngster Veränderungen und Bedenken der Sozialpartner. Das abschließende Kapitel 5 fasst die wichtigsten Ergebnisse der Analyse zusammen und zieht einige Schlussfolgerungen, die aus Sicht der Verfasser entscheidend sind.

## 2 STEIGENDER INVESTITIONSBEDARF AUF DEM GEBIET DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG – QUANTITATIVE GRUNDLAGEN

### 2.1 Die Spezifität öffentlicher Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung

Öffentliche Investitionen werden als eine Form von Ausgaben betrachtet, die langfristige Wachstumsperspektiven schaffen können. Eine neue Studie, die den Effekt öffentlicher Investitionen auf Fiskalmultiplikatoren misst (das Verhältnis, in dem das Einkommensniveau eines Landes durch den Staat beeinflusst wird, wobei ein Fiskalmultiplikator über 1 einen positiven Investitionsertrag bedeutet), hat gezeigt, dass öffentliche Investitionen einen recht hohen Fiskalmultiplikatorwert von 1,3 bis 1,8 aufweisen.<sup>8</sup> Das bedeutet, dass 1 Euro an allgemeinen staatlichen Ausgaben für öffentliche Investitionen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um durchschnittlich 30 bis 80 Cent erhöht. Eine aktuelle Studie in 15 EU-Ländern stellte auch einen positiven Effekt steigender öffentlicher Investitionen auf das langfristige Wirtschaftswachstum fest.<sup>9</sup> Überdies hat die Europäische Zentralbank nachgewiesen, dass öffentliche Investitionen einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben. Sie schätzt, dass eine Steigerung des Anteils öffentlicher Investitionen am BIP von 1% langfristig einen Wachstumszuwachs von 1,6% ergeben würde.<sup>10</sup>

Die Punkte, die durch die Europäische Kommission<sup>11</sup> und in der Literatur häufiger als wachstumsfördernd erwähnt werden, sind öffentliche Investitionen in Infrastruktur (verbunden mit einer Erhöhung des Grundkapitals in der Wirtschaft), allgemeine und berufliche Bildung (verbunden mit einer Stärkung von Humankapital und Kompetenzen), Forschung und Entwicklung (verbunden mit technologischer Entwicklung und Innovation) und Gesundheitsversorgung (was sowohl die Quantität als auch die Produktivität von Arbeit positiv beeinflusst).

Durch die Art und Weise, auf die öffentliche Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung das Niveau von Humankapital steigern, werden diese als wichtigste Quelle

---

<sup>8</sup> Horn, Gustav A.; Gechert, Sebastian; Rietzler, Katja; Schmid, Kai D. 2014: Streitfall Fiskalpolitik: Eine empirische Auswertung zur Höhe des Multiplikators, IMK Report, Nr. 92.

<sup>9</sup> Hakhu, A.B.; Piergallini, A.; Scaramozzino, P. 2014: Public Capital Expenditure and Debt Dynamics: Evidence from the European Union. Centre for Financial & Management Studies | SOAS | University of London

<sup>10</sup> Europäische Zentralbank 2003: Public finances and long-term growth in Europe. Evidence from panel data. Arbeitspapier Nr. 246. Siehe auch: Abiad, A.; Furcer, D.; Topalova, P. 2015: The Macroeconomic Effects of Public Investment: Evidence from Advanced Economies. IWF Arbeitspapier 16/95. Washington D.C.

<sup>11</sup> Europäische Kommission 2012: The Quality of Public Expenditures in the EU. EUROPEAN ECONOMY. Occasional Papers 125.

langfristigen Wirtschaftswachstums gesehen. Empirische Daten zeigen<sup>12</sup>, dass öffentliche Investitionen in Bildung positive Auswirkungen auf Produktivität und Wachstum haben, insbesondere in einkommensstarken Ländern. Investitionen in Bildung können das Wirtschaftswachstum auch durch Förderung sozialer Verbesserungen und Entwicklungen oder durch Abbau von Ungleichgewichten unterstützen.<sup>13</sup> Besser ausgebildete Arbeitskräfte sind mobiler und anpassungsfähiger, können neue Aufgaben und Kompetenzen einfacher erlernen und können eine breitere Palette (neuer) Technologien und komplexer Geräte benutzen. Dadurch können auch Arbeitgeber ihre Arbeitsplätze einfacher modernisieren und sich besser an Konkurrenzdruck und Veränderungen der Konsumentenwünsche anpassen. Für entwickelte Ökonomien gilt, je besser ausgebildet die Bevölkerung eines Landes bereits ist, desto positiver wird sich eine Steigerung der staatlichen Investitionen in Bildung auf das Wirtschaftswachstum auswirken.

## **2.2 Quantitative Tendenzen in der Gesamtmittelausstattung für öffentliche Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung in den letzten Jahren, Auswirkungen der Krise**

In einer jüngst durchgeführten Studie schätzte die Europäische Investitionsbank, dass es 600 Milliarden Euro pro Jahr bis 2020 kosten würde, um in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit auf gleiche Höhe mit den USA, Korea oder Singapur zu kommen. Um im Bildungsbereich die Finanzierungskluft zu den USA zu überbrücken, würde man vorsichtig geschätzt weitere 100 Milliarden Euro pro Jahr benötigen. Angesichts des großen Instandhaltungsrückstands in Bildungseinrichtungen wären etwa 10 Milliarden Euro dieses Gesamtbetrags für Bildungsinfrastruktur notwendig, darunter die Anpassung der Ausrüstung an moderne IT-Normen für den Unterricht.<sup>14</sup>

Seit Beginn der Krise sind öffentliche Investitionen in der EU zurückgegangen, insbesondere in Ländern unter Programmen zur Haushaltskonsolidierung. Während dies durch viele Ökonomen und Interessenträger als ein wesentliches Hemmnis für Wirtschaftsaufschwung und eine Erholung auf dem Arbeitsmarkt betrachtet wird, erzeugen die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nach wie vor starken Druck auf öffentliche Ausgaben und daher bleiben vielen EU-Ländern in ihrer Haushaltsposition die Hände gebunden.

Obwohl allgemeine und berufliche Bildung als wesentliche Priorität gesehen werden, wurden die Bildungsbudgets in vielen EU-Ländern in den jüngsten Jahren gekürzt, wie in der folgenden Tabelle zu sehen ist (weitere Details in Tabelle A.1 im Anhang), darunter

---

<sup>12</sup> Barbiero, Omar / Cournède, Boris 2013: New econometric estimates of long-term growth effects of different areas of public spending, OECD Economics Department, Arbeitspapier Nr. 1100.

<sup>13</sup> Szczepanski, Marcin 2016: Public investment to support long-term economic growth in the EU. Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments. Briefing Juli 2016.

<sup>14</sup> Europäische Investitionsbank 2016: Restoring EU competitiveness. Aktualisierte Version 2016.

Mitgliedsstaaten, die unter Programmen zur Haushaltskonsolidierung stehen (und zwar Zypern, Irland und Portugal).<sup>15</sup>

Es sollte festgehalten werden, dass Tabelle 1 eine Zusammenfassung des Anzeigers für allgemeine und berufliche Bildung 2015 der Europäischen Kommission ist und dass die Gesamtinvestitionen einiger Länder komplexer sind, als in der Tabelle dargestellt. Zur korrekten Interpretation öffentlicher Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung ist festzuhalten, dass sich der Prozentsatz an investiertem BIP auf den relativen Anteil am BIP bezieht. Angesichts der Tatsache, dass das BIP in den letzten fünf Jahren in vielen Ländern gesunken ist oder stagniert hat, bedeutet dies, dass die Ausgaben für Bildung real noch stärker gesunken sind. Das ist wichtig, da die EU-Zahlen Länder wie Griechenland oder Bulgarien als Fälle anführen, wo öffentliche Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung als Anteil des BIP gesunken sind. Griechenland zum Beispiel musste während des Zeitraums 2010-2013 mit Rückgangswerten zwischen -9,1% (2011) und -3,2 (2013) einen signifikanten Rückgang der BIP-Entwicklung hinnehmen.

**Tabelle 1: Tendenzen der Gesamtinvestitionen in allgemeine und berufliche Bildung, % BIP, 2010 – 2014**

Muster	Länder
<b>Insgesamt gestiegen</b>	Belgien, Bulgarien, Griechenland*
<b>Insgesamt stabil</b>	Dänemark*, Luxemburg, Malta, Schweden
<b>Insgesamt gesunken</b>	Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, VK, Zypern
<b>Am stärksten gesunken (Prozentpunkte)</b>	VK (-1,4), Portugal (-1,4), Zypern (-1,0), Estland (-1,0), Litauen (-1,0)

Quelle: Europäische Kommission 2015: Anzeiger für allgemeine und berufliche Bildung 2015. \* zu Griechenland siehe Erläuterung im Text oben. Zu Dänemark ist anzufügen, dass ein Vertreter von Local Government Denmark im September 2016 über eine Senkung der öffentlichen Ausgaben für allgemeine und berufliche Bildung um etwa 3% berichtet hat.

Während allgemeine staatliche Ausgaben für Bildung nach BIP 2014 signifikant zwischen 3% in Rumänien und 6,6% in Schweden schwanken, zeigen Investitionszahlen zu allgemeiner und beruflicher Bildung, dass die Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung ausgedrückt in einem Prozentsatz des BIP in 20 von 28 EU-Mitgliedsstaaten 2014 niedriger waren als 2010.

<sup>15</sup> Milouv, Maria 2014: Crisis hit countries cut down public spending on education. <http://europeansting.com/2014/04/09/crisis-hit-countries-cut-down-public-spending-on-education/>. Siehe auch Europäische Kommission/EACEA/Eurydice 2013: Funding of Education in Europe 2000-2012. The Impact of the Economic Crisis. Eurydice-Bericht. Luxemburg.

Besonderer Grund zur Besorgnis muss sein, dass Investitionskürzungen jene Länder am härtesten getroffen haben, die am stärksten unter den Krisen von 2008 und 2010 zu leiden hatten, wie Griechenland, Zypern, Irland, Portugal oder Spanien sowie Italien, Slowenien, Ungarn oder Rumänien.

Die Notwendigkeit, die Herausforderungen des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft erfolgreich zu bewältigen, gilt auch für andere Länder als jene, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise am stärksten betroffen waren. Viele Länder werden damit konfrontiert, Reformen und Anpassungen an den Allgemein- und Berufsbildungssystemen mit beschränkten Finanzmitteln und Möglichkeiten durchzuführen zu müssen.<sup>16</sup>

In der EU als Ganzes setzte der reale Rückgang der öffentlichen Bildungsausgaben 2011 ein. Nach einer dritten Kürzung hintereinander sind die öffentlichen Bildungsausgaben als Anteil des BIP seit 2010 von 5,3% auf 4,9% gesunken. Bei Berechnung als Anteil der gesamten öffentlichen Investitionen zeigen Daten von Eurostat, dass der Anteil der Bildungsausgaben als Prozentsatz der gesamten öffentlichen Investitionen für die EU als Ganzes von 10,6% 2010 auf 10,3% 2014 gesunken ist. Der Anteil stieg in 12 Mitgliedsstaaten (Belgien, Deutschland, Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Polen, Slowakei und Tschechische Republik), während er in den übrigen 16 Mitgliedsstaaten (Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Portugal, Rumänien, Schweden Slowenien, Spanien, Ungarn, VK, Zypern) sank.

Wie im Anzeiger für allgemeine und berufliche Bildung 2015 der Europäischen Kommission betont, müssen bei der Beurteilung der Entwicklungen der Investitionen auf dem Gebiet der Bildung zwei wichtige Aspekte berücksichtigt werden, die Investitionskürzungen beeinflussen können: *Erstens*, Effizienzsteigerungen und *zweitens*, demografischer Wandel:

- ▶ Die EU-Mitgliedsstaaten hätten in den letzten Jahren die Nutzung von Systemressourcen für Bildung neu organisiert und neu überdacht, wie sie in ihre Bildungseinrichtungen und Lernenden investieren, um die Qualität der Bildung und das Niveau der Bildungsabschlüsse zu steigern (EU Member States „*have been reorganising and rethinking the use of system resources for education and how they invest in their educational institutions and students to improve quality of education and student attainment levels.*“).<sup>17</sup>
- ▶ Investitionskürzungen in einigen Mitgliedsstaaten reflektieren Versuche zur Steigerung der Effizienz des Sektors, wodurch dieselben Ergebnisse erzielt, während weniger Ressourcen verbraucht werden sollen. Diese Arten der Effizienzsteigerungen sind schwierig zu bewerten, da ihre Messung einen vorab

---

<sup>16</sup> Diese paradoxe Situation wurde in einer kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme von CEEP und EFEE als der Zwang beschrieben, „mehr mit weniger tun zu müssen“. Siehe: CEEP / EFEE 2014: „Matching education with the needs of the public services of the future“, CEEP – EFEE.

<sup>17</sup> OECD 2015: Education Policy Outlook (Bildungspolitische Ausblick) 2015: Making Reforms Happen (Umsetzung von Reformen), OECD-Veröffentlichung, S. 115-117.

festgelegten konzeptuellen Rahmen braucht, der auch die Ergebnisse von Bildung definiert.

- ▶ Anpassungen an der Höhe der Bildungsausgaben können auch demografischen Wandel reflektieren (oder vorwegnehmen), da eine sinkende Bevölkerung im Schulalter weniger Ressourcen erfordert. Wie die Daten jedoch zeigen<sup>18</sup>, erweist sich die Verbindung zwischen Veränderungen bei den Ausgaben und Veränderungen der Bevölkerung im Schulalter als sehr schwach. Ob die Bevölkerung im Schulalter nun gesunken ist oder ihre Senkung vorhergesagt wird oder nicht, es gibt Länder mit Investitionskürzungen und Investitionserhöhungen.

Schwierige Situationen könnten in jenen Mitgliedsstaaten entstehen, wo die Bevölkerung im Schulalter sowohl in der Vergangenheit als auch in der vorhersehbaren Zukunft zunimmt und zugleich Ausgaben für Vorschul-, Grundschul- und Sekundarbildung über den Zeitraum 2010 – 2014 gekürzt wurden. Diese Länder sind Irland, Italien, Slowenien, Spanien und das VK.

### 2.3 Unternehmensinvestitionen in Mitarbeiterschulung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auf die Finanzmittel gedrückt, die durch Unternehmen für Schulungsaktivitäten aufgewendet werden. Mehrere nationale Studien haben gezeigt, dass Schulungsbudgets 2009 gekürzt wurden, so sanken beispielsweise die Investitionen spanischer Unternehmen um 16%.<sup>19</sup>

2012 hat sich das Bild nicht wesentlich geändert. Mehr als 80 Prozent der Unternehmen in Europa hatten ihre Ausgaben für Kompetenzen und Weiterbildung im letzten Jahr gekürzt oder eingefroren, das ergibt eine Studie, die für den European Business Summit 2012 durch den belgischen Unternehmerverband VBO durchgeführt wurde.<sup>20</sup> Je nach dem Umfang des Konjunkturrückgangs gibt es auch Unterschiede in der Bedeutung, die der Kürzung der Mittel für Bildung beigemessen wird. Diese ist zum Beispiel in Italien und Spanien höher als in Deutschland.<sup>21</sup>

2010 betragen die durchschnittlichen Ausgaben für berufliche Weiterbildung von Unternehmen in den EU-28 laut den jüngsten Eurostat-Daten<sup>22</sup> 511 KKS

---

<sup>18</sup> EU-Kommission: Anzeiger für allgemeine und berufliche Bildung 2015, S. 26.

<sup>19</sup> Eurofound 2011: Preparing for the upswing: training and qualification during the crisis. <http://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/comparative-information/preparing-for-the-upswing-training-and-qualification-during-the-crisis>.

<sup>20</sup> Accenture, News release, Majority of European Employers Cut Skills and Training Investment Despite Skills Shortages, Finds Accenture and FEB Survey, 25 April 2012, <https://newsroom.accenture.com/subjects/management-consulting/majority-of-european-employers-cut-skills-and-training-investment-despite-skills-shortages-finds-accenture-and-feb-survey.htm>.

<sup>21</sup> Accenture 2012: Turning the Tide- How Europe Can Rebuild Skills and Generate Growth, [https://www.accenture.com/t20150523T052745\\_\\_w\\_/us-en/\\_acnmedia/Accenture/Conversion-Assets/DotCom/Documents/Global/PDF/Strategy\\_4/Accenture-Turning-the-Tide-How-Europe-can-Rebuild-Skills-and-Generate-Growth.pdf](https://www.accenture.com/t20150523T052745__w_/us-en/_acnmedia/Accenture/Conversion-Assets/DotCom/Documents/Global/PDF/Strategy_4/Accenture-Turning-the-Tide-How-Europe-can-Rebuild-Skills-and-Generate-Growth.pdf).

<sup>22</sup> Eurostat, Kosten für Weiterbildungskurse je Beschäftigten (alle Unternehmen) nach Kostenart und Größenklasse [trng\_cvts62]. Abgerufen Oktober 2016.

(Kaufkraftstandard<sup>23</sup>) pro Arbeitnehmer, verglichen mit 454 KKS im Jahr 2005 (Anstieg um 12,6%). Wie in Tabelle A.2 im Anhang zu sehen ist, gibt es nicht nur große Unterschiede bei den Unternehmensausgaben zur beruflichen Weiterbildung (2010 im Bereich von 92 KKS in Bulgarien bis 1.084 in Belgien), sondern auch hinsichtlich der Entwicklungstendenzen seit 2005. Die Kosten je Arbeitnehmer in Dänemark sanken dramatisch um mehr als ein Drittel und auch die Tschechische Republik und das VK hatten einen Rückgang der Ausgaben um mehr als 20% zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu berichten Länder wie Österreich, die Niederlande oder Deutschland über eine Zunahme der Unternehmensinvestitionen in berufliche Weiterbildung für ihre Arbeitnehmer um mehr als 20% und Belgien sogar um fast 60%. Sogar noch höhere Zunahmen der Kosten je Arbeitnehmer werden auch aus Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und Portugal gemeldet. Dies kann jedoch auf den drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und die geringere Gesamtzahl der Beschäftigten seit 2005 zurückzuführen sein.

## 2.4 Private Sozialinvestitionen in Bildung und Social Impact Bonds

Im Lichte der sozialen Auswirkungen der Krise von 2008 und der Kürzungen der öffentlichen Ausgaben im Rahmen der Finanzstabilitätsregeln intensivierte die Europäische Kommission ihre Suche nach neuen Quellen zur Finanzierung von Sozialinvestitionen, darunter auch Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung. In ihrer Mitteilung „*Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt*“ (KOM (2013) 83) richtete sich die Kommission (unter anderem) auf frühkindliche Bildung, berufliche Bildung, allgemeine Bildung, Umschulung und lebenslanges Lernen.

Zusammen mit der Empfehlung der Kommission zum Thema „*Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen*“ und einer Reihe von Arbeitsunterlagen leitete die Mitteilung das „Paket für Sozialinvestitionen“ ein. Die Kommission erklärt, dass die Mitgliedsstaaten stärker auf innovative Ansätze der Finanzierung setzen sollten, darunter Beteiligungen des Privatsektors und Finanzierungsinstrumente.

Die Mitteilung betonte insbesondere folgende Maßnahmen, die zur Stimulierung von Sozialinvestitionen wichtig sind:

- ▶ Förderung des Zugangs von Sozialunternehmen zu Finanzierungsmöglichkeiten über den Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum<sup>24</sup>
- ▶ Nutzung neuer Finanzierungsinstrumente, z. B. die EaSI-Garantie des Europäischen Investitionsfonds<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> Der Kaufkraftstandard, abgekürzt KKS, ist eine künstliche Währungseinheit und ein Fachbegriff, der durch Eurostat verwendet wird, um die Kaufkraft um Preisniveauunterschiede zu bereinigen. Preisunterschiede zwischen Ländern bedeuten, dass je nach Land unterschiedliche Mengen an nationalen Währungseinheiten notwendig sind, um dieselben Güter und Dienstleistungen zu erwerben. KKS werden durch Teilen einer Mischung von Waren und Dienstleistungen eines Landes in der Landeswährung durch ihre jeweiligen Kaufkraftparitäten ermittelt.

<sup>24</sup> [http://ec.europa.eu/finance/investment/social\\_investment\\_funds/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/finance/investment/social_investment_funds/index_de.htm)

<sup>25</sup> [http://www.eif.org/what\\_we\\_do/microfinance/easi/index.htm](http://www.eif.org/what_we_do/microfinance/easi/index.htm)

- ▶ Erleichterung des Austauschs von Erfahrungen mit Social Impact Bonds zwischen den Mitgliedsstaaten<sup>26</sup>

Die Europäische Kommission ist aktiv in die Förderung und finanzielle Unterstützung von Sozialinvestitionen und die Entwicklung der jeweiligen Finanzinstrumente eingebunden. Beispiele hierfür sind die Lancierung des „Social Impact Accelerator“ (SIA) durch den Europäischen Investitionsfonds (EIF) und private Investoren im Jahr 2013 als erste Partnerschaft auf europäischer Ebene zur Förderung von Sozialinvestitionen.

Der SIA hat bisher Beteiligungsfinanzierung für mehrere nationale Projekte von Sozialinvestitionen erbracht. Die folgende Tabelle zeigt Beispiele von Allgemein- oder Berufsbildungsprojekten, die durch Sozialinvestitionsfonds finanziert wurden.

**Tabelle 2: Beispiele von Allgemein- oder Berufsbildungsprojekten, die durch Sozialinvestitionsfonds finanziert wurden**

Sozialinvestitionsfonds	Land	Im Bereich allgemeine und berufliche Bildung finanzierte Projekte
<b>BonVenture</b>	<b>Deutschland</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Rock your Life!: Coachingprogramm für Sekundarschüler</li> <li>– Mobiles Lernen Deutschland: Full-Service-Leasing-Paket für Notebooks/Tablet-PCs in Schulen</li> <li>– bettermarks: interaktives Online-Lernsystem für Mathematik</li> <li>– Flachsland Zukunftsschulen: innovative Kombination von frühkindlicher Betreuung und Grundschule</li> <li>– Chancenwerk: Lernvorbilder in Schulen</li> </ul>
<b>Citizen Capital</b>	<b>Frankreich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– OpenClassrooms: Online-Bildungsplattform</li> </ul>
<b>Impact Partenaires</b>	<b>Frankreich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Webforce3: Netzwerk von Schulen, die Intensivausbildungen für Web-Berufe anbieten</li> </ul>
<b>Impact Ventures UK</b>	<b>VK</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Learning possibilities: Cloud-basierte Lernplattform</li> <li>– K10 Apprenticeships Limited: Angebot von Ausbildungsplätzen in Bau und anderen Sektoren</li> </ul>
<b>Social Venture Fund</b>	<b>Deutschland</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Third Space Learning: Online-Lernprogramm für Mathematik</li> </ul>

Quellen: Webseiten der Fonds ([www.bonventure.de](http://www.bonventure.de), [www.citizencapital.fr](http://www.citizencapital.fr), [www.impact.fr](http://www.impact.fr), <http://www.impactventuresuk.com>, <http://www.socialventurefund.com>)

Durch das EaSI-Programm bietet die Europäische Kommission auch finanzielle Unterstützung für Social Impact Bond-Initiativen wie die „European Venture Philanthropic

<sup>26</sup> Social Impact Bonds sind eine Form öffentlich-privater Partnerschaften, die zur Mobilisierung privater Mittel für Sozialprogramme eingesetzt werden. SIB sind erfolgsabhängige Verträge und übertragen das Risiko von der öffentlichen Hand auf den Privatsektor. Investoren bekommen ihr Geld zurück und erhalten Renditen, wenn bestimmte vordefinierte Leistungsindikatoren erreicht oder übertroffen wurden. Siehe: Europäische Kommission 2013: Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt – einschließlich Durchführung des Europäischen Sozialfonds 2014-2020, MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN, KOM(2013) 83 endg., 20.02.2013, Brüssel.

Association“ (EVPA), die die Idee von „Unternehmensphilantropie“ und Sozialinvestitionen in Europa, wobei die Finanzierung sozialer Innovation und finanzielle Rendite kombiniert werden, stärken und fördern will.

Während sowohl die Europäische Kommission als auch die OECD<sup>27</sup> den Mehrwert von Social Impact Bonds und Investitionen, um zusätzliche Ressourcen für neue Bedürfnisse und Innovationen bereitzustellen, betont haben, haben Kritiker die Risiken hervorgehoben, und zwar den selektiven Ansatz (d. h. Schwerpunkt auf Projekten, die die verlangte Rendite versprechen) und das Risiko, dass private Sozialinvestitionen nicht nur eingesetzt werden, um zusätzliche Mittel zu liefern, sondern auch, um öffentliche Investitionen zu ersetzen.<sup>28</sup>

**Beispiel: Social Impact Bond im Bildungssektor in Portugal<sup>29</sup>**

2015 wurde der erste SIB in Portugal mit einem Gesamtinvestitionswert von 120.000 Euro durch die *Calouste Gulbenkian Foundation* bereitgestellt. Das „*Code Academy Jr Programme*“, das durch den SIB finanziert wurde, gibt Programmierkurse an Grundschüler, wodurch ihre Problemlösungsfähigkeit und ihre schulische Leistung in den wichtigsten Fächern Portugiesisch und Mathematik gesteigert werden soll. 65 Schülerinnen und Schüler aus drei Grundschulen in Lissabon nahmen daran teil.

Im Vergleich zu einer Kontrollgruppe wollte das Programm eine Verbesserung der Problemlösungsfähigkeit und der schulischen Leistung der Kinder um 10% erreichen. Wenn dieses Ziel erreicht wird, wird die Stadtverwaltung von Lissabon der *Calouste Gulbenkian Foundation* den ursprünglich investierten Betrag erstatten. Eine Leistung unter 10% wird zu einer Teilzahlung führen.

Laut der EVPA („*European Venture Philanthropic Association*“) hat sich Portugal mit diesem Beispiel einer Gruppe anderer kontinentaleuropäischer Länder angeschlossen, die SIB testen, wie Belgien, die Niederlande und Deutschland.

Während die Bedeutung von Investitionen mit sozialen Auswirkungen in den letzten Jahren im globalen (stärker als im EU-) Kontext zugenommen hat, bleibt der „Social Impact“-Markt nach wie vor klein.<sup>30</sup> Wenn es um Investitionen in Bildung geht, liegt der Schwerpunkt vorwiegend auf vergleichbar geringen Investitionen in Schulinfrastruktur. Laut einer Studie aus dem Jahr 2013 machen Privatmittel und Privatinvestitionen zum Erreichen sozialer Auswirkungen im Bereich der Bildungsfinanzierung weniger als 1% aus.<sup>31</sup>

<sup>27</sup> OECD 2016: Social Impact Bonds: State of play & lessons learnt, OECD-Arbeitspapier

<sup>28</sup> EGÖD 2013: EGÖD-ARBEITSDOKUMENT „SOCIAL INVESTMENT PACKAGE“, 4. April 2013, <http://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/EPSU-Working-Document-Social-Investment-Package-04-04-13.pdf>.

<sup>29</sup> Quelle: EVPA. <http://evpa.eu.com/news/first-social-impact-bond-launches-in-portugal/>

<sup>30</sup> Wilson, K. E. 2014: New Investment Approaches for Addressing Social and Economic Challenges, OECD Science, Technology and Industry Policy Papers, Nr. 15, OECD-Veröffentlichung.

<sup>31</sup> D. Capital Partners 2013: Impact Investing in Education: An Overview of the Current Landscape, 2013, Nr. 59.

## 2.5 Auswirkungen von Unterinvestition in allgemeine und berufliche Bildung

Die Auswirkungen der Krise auf öffentliche Bildungshaushalte, auf Humankapital im Bildungsbereich, auf Bildungsinfrastruktur und bildungsspezifische Programme und auf Unterstützungssysteme für Schüler und deren Familien wurden in einem umfassenden Bericht analysiert, der 2013 durch die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA, Eurydice und Policy Support) veröffentlicht wurde.<sup>32</sup>

Neben den Auswirkungen der Krise auf Investitionen in öffentliche Bildung hob die Studie eine Reihe kritischer Effekte und Auswirkungen hervor:

- ▶ Seit 2010 sank die Anzahl der Lehrenden in vielen Ländern stark, nicht nur aufgrund einer sinkenden Schülerzahl, sondern auch aufgrund einer Senkung der öffentlichen Mittel.
- ▶ Die Auswirkungen auf die Gehälter waren sogar noch stärker: Kürzungen und Lohnstopps waren einer der wichtigsten Mechanismen, um die Bildungsausgaben zu senken. Es ist jedoch festzuhalten, dass Lohnstopps seit der Veröffentlichung der EACEA-Studie in mehreren Mitgliedsstaaten abgeschafft wurden.
- ▶ Auf dem Gebiet der Bildungsinfrastruktur stellte die Studie fest, dass die Schließung von Vorschulen und anderen Schulen in den meisten Mitgliedsstaaten vorwiegend auf demografische Änderungen zurückzuführen war. In einigen Ländern wurde die Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch als Hauptgrund für Zusammenlegungen und Schließungen von Schulen angeführt.
- ▶ Ein Viertel der Länder haben aufgrund der Krise Renovierungen eingeschränkt oder verschoben oder die Instandhaltung an Bildungsgebäuden reduziert (sowohl Schulen als auch höhere Bildungseinrichtungen).
- ▶ Während in einer Mehrheit der Länder Investitionen in IKT-Ausrüstung stiegen, haben einige Mitgliedsstaaten darüber berichtet, dass die Finanzierung von IKT-Ressourcen oder spezifischen Programmen für Bildungsunterstützung von Kürzungen bei den Bildungsausgaben betroffen waren.
- ▶ Im Gegensatz zur Zeit vor der Krise, als Investitionen in die finanzielle Unterstützung von Schülern im Allgemeinen gleichmäßig stiegen, hatten Unterstützungsprogramme für Schüler und Studierende ab 2010 unter zunehmenden Kürzungen der Bildungsbudgets zu leiden. So wurde zum Beispiel die Gewährung von Familienbeihilfen gekürzt, indem die Höhe der Kinderbeihilfe an das Haushaltseinkommen oder an die Bezuschussung von Mahlzeiten gebunden wurde.

Neben den direkten Auswirkungen der Krise hatte die Steuerpolitik im Kontext struktureller Reformprogramme, die unter dem Stabilitäts- und Wachstumspakt eingeleitet wurden, oder die länderspezifischen Empfehlungen (LSE) im Kontext des Europäischen Semesters signifikante Auswirkungen auf die Allgemein- und Berufsbildungspolitik. Das ETUCE analysierte kürzlich bildungsbezogene LSE für jeden

---

<sup>32</sup> Europäische Kommission 2013: Funding of Education in Europe 2000-2012: The Impact of the Economic Crisis. Eurydice-Bericht.

Mitgliedsstaat im Kontext des Europäischen Semesters 2016-2017.<sup>33</sup> Die Analyse zeigte, dass ein Dutzend Mitgliedsstaaten Empfehlungen erhalten hatten, die direkt die Bildung betrafen, ein weiteres Dutzend Empfehlungen zu Kompetenzen und lebenslangem Lernen, und neun Mitgliedsstaaten erhielten Empfehlungen zu Forschung und Innovation.

Es gibt fünf Arten von Empfehlungen: Die erste Gruppe konzentriert sich auf die Steigerung der Qualität von Bildung und „Bildungsergebnissen“ und Erfolge (insbesondere benachteiligter Kinder). Die zweite Gruppe von Empfehlungen bezieht sich die Behebung des Missverhältnisses zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage und den Mangel an Fertigkeiten mit einem Schwerpunkt auf Berufsausbildung, Lehrsysteme, lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung. Drittens gibt es LSE, die auf die Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Bildung abzielen. Ferner haben einige Länder LSE erhalten, die auf die Bedeutung einer höheren Attraktivität oder einer Steigerung der Qualität des Lehrens hinweisen.

Es gibt auch zwei Gruppen von Empfehlungen, die direkt Investitionsthemen ansprechen, wie in der Tabelle unten hervorgehoben. Hier drängt die Europäische Kommission Mitgliedsstaaten darauf, Investitionen in ihr Humankapital zu stärken, die „Qualität der Ausgaben“ zu erhöhen und die Beteiligung privater Investoren an der höheren Bildung zu fördern.

**Tabelle 3: Bildungsbezogene länderspezifische Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 2016**

LSE zu allgemeiner und beruflicher Bildung	Länder
<p><b><i>Stärkung der Investitionen in Bildung und Forschung</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>BE:</b> Förderung von Investitionen in wissensbasiertes Kapital</li> <li>- <b>DE:</b> Erreichen eines nachhaltigen Aufwärtstrends bei öffentlichen Investitionen, insbesondere in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation</li> <li>- <b>IE:</b> Erhöhung der Qualität der Ausgaben, insbesondere durch Verstärkung der Kosteneffizienz in der Gesundheitsversorgung und durch Vorrang für staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung und in öffentliche Infrastruktur</li> <li>- <b>LT:</b> Stärkung der Investitionen in Humankapital</li> <li>- <b>NL:</b> Vorrang für öffentliche Ausgaben zur Förderung von Investitionen in Forschung und Entwicklung</li> </ul>	<p>Belgien, Deutschland, Irland, Litauen, Niederlande</p>
<p><b><i>Steigerung privater Investitionen in höhere Bildung und Forschung, Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Universitäten und leistungsbasierte Förderung</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>EE, ES:</b> Förderung privater Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation</li> <li>- <b>DK, EE, PT, ES:</b> Anreize für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Universitäten schaffen</li> <li>- <b>ES:</b> Erhöhung leistungsbasierter Förderung öffentlicher Forschungseinrichtungen und Universitäten</li> </ul>	<p>Dänemark, Estland, Portugal, Spanien</p>

<sup>33</sup> ETUCE 2016: European Semester 2016-2017. Education-related Country Specific Recommendations (CSRs).

*Quelle: ETUCE: Education-related Country Specific Recommendations (CSRs). Siehe auch Tabelle A.3 im Anhang für weitere Details.*

Die LSE zu allgemeiner und beruflicher Bildung sowie Stellungnahmen der Kommission und des Rates weisen auf einen allgemeinen Trend und vielleicht ein neues Investitionsmuster hin. Dies lässt darauf schließen, dass mehr auf Leistung/Resultat und Effektivität von Bildungssystemen geachtet wird, während zugleich – vor dem Hintergrund geringerer öffentlicher Mittel – Mitgliedsstaaten ermutigt werden, neue Formen der Finanzierung zu suchen, insbesondere aus privaten Quellen, oder aus EU-Mitteln.

### 3 BESTANDSAUFNAHME DER EU-FÖRDERUNGSMITTEL FÜR INVESTITIONEN AUF DEM GEBIET DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG

#### 3.1 Übersicht

Es gibt eine Reihe wichtiger europäischer Fonds, die das Potenzial haben, die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung ihrer Allgemein- und Berufsbildungspolitik zu unterstützen. Die Prioritäten des Europäischen Sozialfonds (ESF), des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds), des 7. Rahmenprogramms oder von Horizont 2020 sowie Erasmus+ stimmen mit Zielsetzungen der Strategie EU2020 und des Strategischen Rahmens ET2020 überein und sollten einander gegenseitig verstärken.<sup>34</sup>

In Bezug auf finanzielle Ressourcen sorgt der ESI-Fonds als Überkuppelung der fünf großen Europäischen Strukturfonds für Investitionen in Infrastruktur und strategische Bereiche. Die neuen Vorschriften für den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014-2020<sup>35</sup> verstärkten Topprioritäten der EU, die mit Zielsetzungen wie Beschäftigung, fairer Mobilität, Armutsbekämpfung, sozialer Integration, und allgemeiner und beruflicher Bildung verbunden sind.

Im Kontext des ESI-Fonds spielt der ESF eine entscheidende Rolle für die allgemeine und berufliche Bildung, da die Verbesserung der Bildung eines der Hauptziele des Fonds ist.<sup>36</sup>

Im Hinblick auf die allgemeine und berufliche Bildung gibt es auch spezifische Förderungsprogramme, wie Erasmus+, das für die Finanzierungsperiode 2014 – 2020 als wichtigstes EU-Förderungsprogramm für allgemeine und berufliche Bildung eingeführt wurde und eine Reihe früherer Programme zusammenfasst.

Neue Fonds enthalten aber nicht immer zusätzliche Ressourcen, wie im Fall der Investitionsoffensive für Europa betont wurde, die Ende 2014 durch die neue Europäische Kommission angekündigt wurde. Die Investitionsoffensive sollte durch die Einrichtung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) als ein Instrument der Europäischen Investitionsbank (EIB) unterstützt werden, um Risikounterstützung für langfristige Investitionen zu bieten und einen verbesserten Zugang zur Risikofinanzierung für kleine und mittlere Unternehmen und Mid-Cap-Unternehmen zu gewährleisten.

Andererseits zielt sie, auf nationaler Ebene, auf eine strategischere Nutzung der Europäischen Strukturfonds und Investitionsfonds ab, auch für Investitionen in Infrastruktur und strategische Sektoren wie Bildung.<sup>37</sup>

---

<sup>34</sup> Rat der EU 2009: Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“). Brüssel, 28. Mai 2009, 2009/C 119/02; Europäische Kommission (2015): Europäischer Struktur- und Investitionsfonds. Europäische Kommission (2016): Programm zum lebenslangen Lernen.

<sup>35</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R1303&from=DE>.

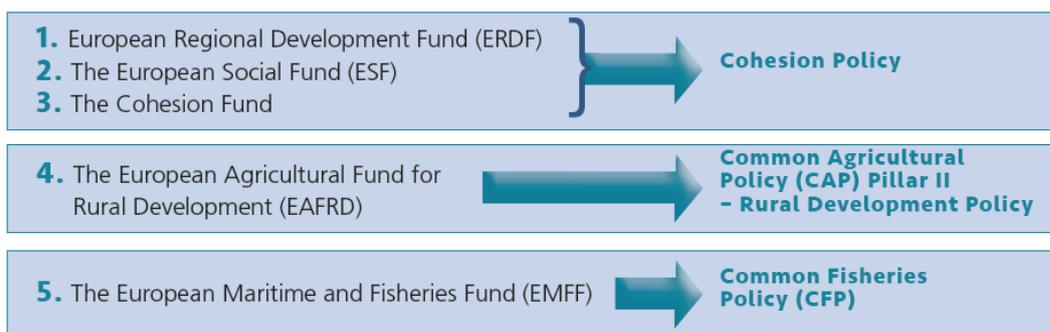
<sup>36</sup> Europäische Kommission 2015: Europäischer Struktur- und Investitionsfonds.

In den folgenden Abschnitten wird eine Übersicht der wichtigsten Förderungsinstrumente auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung präsentiert. Neben einer Beschreibung der wichtigsten Zielsetzungen und Investitionsprioritäten dieser Instrumente **enthält diese Bestandsaufnahme auch Informationen über die Beteiligung sektorübergreifender sowie sektoraler Sozialpartner auf EU-Ebene an der Steuerung sowie Erfahrungen mit der Nutzung dieser Fonds selbst für Aktivitäten auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung.**<sup>38</sup>

### 3.2 Europäischer Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds)

Auf Grundlage einer Gemeinsamen Verordnung<sup>39</sup> werden die verschiedenen Europäischen Strukturfonds seit 2014 unter einer gemeinsamen Bestimmung verwaltet – der „Europäische Struktur- und Investitionsfonds“ („ESI-Fonds“). Gemeinsam sollen die fünf Fonds die wirtschaftliche Entwicklung in allen EU-Ländern übereinstimmend mit den Zielsetzungen der Strategie Europa 2020 fördern.

Abbildung 1: Der ESI-Fonds 2014 - 2020



Quelle: EGB

Während des Programmzeitraums 2014-2020 wird der ESI-Fonds substanzielle Unterstützung für Investitionen der Mitgliedsstaaten in allgemeine und berufliche Bildung bieten. Laut der Europäischen Kommission wird die Förderung konzentriert sein auf i) Vermeidung des vorzeitigen Schulabgangs und Begünstigung des gleichen Zugangs zu qualitativer frühkindlicher, Grund- und Sekundarbildung. ii) Verbesserung der Relevanz von Allgemein- und Berufsbildungssystemen und des Übergangs von Bildung zu Arbeit und lebenslangem Lernen; (iii) Modernisierung der höheren Bildung; (iv) Ausbau der beruflichen Aus- und Weiterbildung, von Ausbildungsplätzen und Praktika; (v) Modernisierung der Bildungsinfrastruktur. Die folgenden Ziele wurden durch die Kommission hervorgehoben<sup>40</sup>:

- ▶ 4,1 Millionen Jugendliche werden profitieren;

<sup>37</sup> Europäische Kommission 2015: Bildung und die Investitionsoffensive für Europa.

<sup>38</sup> Die Information zur Erfahrung mit den verschiedenen Förderungsinstrumenten basiert auf schriftlichen Antworten von europäischen Sozialpartnern auf sektoraler und sektorübergreifender Ebene (EGB, ETUCE, EFFAT, industriAll, CEEP, EFEE, CEMR, HOSPEEM).

<sup>39</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R1303&from=DE>.

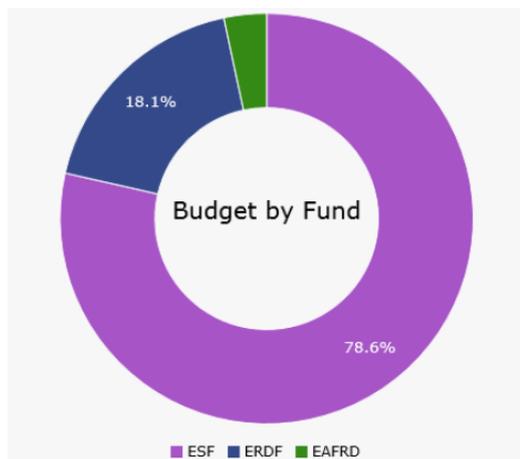
<sup>40</sup> EU-Kommission 2016: SWD New Skills Agenda, S. 90.

- ▶ 2,9 Millionen Menschen werden eine Qualifikation erwerben;
- ▶ 400.000 Menschen werden nach Unterstützung eine allgemeine oder berufliche Bildung beginnen;
- ▶ 6,8 Millionen Menschen in 15 Mitgliedsstaaten werden neue oder verbesserte Kinderbetreuungs- oder Bildungseinrichtungen nutzen können.

Überdies zielen Investitionen in Bildungsinfrastruktur auf eine Verbesserung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Bildung und auf eine Senkung des vorzeitigen Schulabgangs ab, sowie auf verbesserte und modernisierte Allgemein- und Berufsbildungssysteme, die notwendig sind, um Kompetenzen und Qualifikationen zu aktualisieren, die Kompetenzen der Beschäftigten auszubauen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die wichtigste Quelle von Investitionen in Humankapital wird durch den ESF geliefert. Auch der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) ist eine wichtige Quelle von Investitionen in Infrastruktur für die allgemeine und berufliche Bildung. Spezifisch für Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung im Zeitraum 2014-20 belaufen sich die ESF-Zuweisungen auf mehr als 27 Milliarden Euro, beträgt die Unterstützung des EFRE für Bildungsinfrastruktur über 6 Milliarden Euro, und Investitionen in berufliche Bildung des ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) etwas mehr als 1 Milliarde Euro. Die drei verschiedenen Fonds werden bis zu 34 Milliarden Euro für die Kofinanzierung von Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung in den EU-Mitgliedsstaaten liefern.

**Abbildung 2:** Haushalt des ESI-Fonds 2014-2020 für allgemeine und berufliche Bildung, durch ESI-Fonds



### 3.2.1 Europäischer Sozialfonds (ESF)

Der Europäische Sozialfonds ist der Zweitgrößte und Wichtigste der fünf Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und hat einen Gesamthaushalt von 80 Milliarden Euro. Seine Bedeutung wird genauer durch die Tatsache garantiert, dass er für den Zeitraum 2014-2020 27 Milliarden Euro in die Bereiche Kompetenzen, allgemeine Bildung, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen investieren will. Im Rahmen der Unterstützung für den Erwerb von Qualifikationen und die Weiterqualifikation (um

nachhaltige, qualitative Beschäftigung und Arbeitsmobilität zu fördern) wurden für den Zeitraum 2014-2020 34 Milliarden Euro bereitgestellt.

EU-weit finanziert der ESF Initiativen, die der Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung dienen und sicherstellen sollen, dass junge Menschen ihre Ausbildung abschließen und Kompetenzen erwerben, mit denen sie auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren können. Im Vordergrund steht dabei die Verringerung der Schulabbrecherquote, zusammen mit der Verbesserung der Bildungsangebote im Berufs- und Hochschulbereich.<sup>41</sup>

Seit 2014 wurde die Rolle des ESF verstärkt. Daher sollte durch einen garantierten Mindestanteil des ESF innerhalb der Finanzierung der Kohäsionspolitik in jedem EU-Land eine kritische Masse von „Investitionen in Humankapital“ sichergestellt werden. Zusammen mit den 3 Milliarden Euro für die *Jugendbeschäftigungsinitiative* werden mehr als 80 Milliarden Euro bereitgestellt, die bis 2020 in die Menschen Europas investiert werden sollen.<sup>42</sup>

Durch den ESF finanzierte Programme und Projekte zielen auf eine Leistungssteigerung im gesamten Bildungsbereich ab und daher umfasst die Unterstützung des ESF für allgemeine Bildung ein breites Spektrum an Aktivitäten:<sup>43</sup>

Erstens sollen neue Lehrpläne jungen Menschen einen besseren Start ins Leben ermöglichen, damit sie die Kompetenzen erwerben, die sie für einen Job und eine Karriere in der Industrie brauchen. Um überdies die Bildung und soziale Integration auf allen Bildungsniveaus zu verstärken, sollten Bildungsergebnisse gefährdeter junger Menschen verbessert werden, auch jener mit einem benachteiligten sozioökonomischen Hintergrund.

Zweitens erhalten Lehrende Möglichkeiten für die Grundausbildung und konstante berufliche Weiterentwicklung und liegt ein wichtiger Schwerpunkt auf Maßnahmen, die in die Qualifikation von Forschern, Lehrenden und Dozenten investieren, wodurch ihre Mobilität und Karrieremöglichkeiten verbessert werden.

Drittens unterstützt der ESF Berufsbildungseinrichtungen und Universitäten dabei, engere Beziehungen mit Arbeitgebern und Unternehmen in ihren Regionen/Ländern aufzubauen, und zwar durch die Förderung innovativer Verbesserungen am Unterricht auf Tertiärniveau, die Unterstützung von Partnerschaften mit der Industrie und die Steigerung der Teilnahme von Menschen, die in der höheren Bildung unterrepräsentiert sind.

Der ESF unterstützt auch die postgraduale Forschung und Entwicklung an Universitäten, um die Anzahl junger Innovatoren und Unternehmer zu erhöhen, da der Anteil hoch

---

<sup>41</sup> Zu ESF-Förderungsmöglichkeiten im Bildungsbereich siehe auch ETUCE 2015: Information on EU Funding opportunities for teacher unions for education and training under the European Social Fund 2014-2020, Brüssel, September.

<sup>42</sup> Europäische Kommission 2015: Europäischer Struktur- und Investitionsfonds.

<sup>43</sup> Europäische Kommission 2016: Europäischer Sozialfonds. <http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=51>

qualifizierter Jobs in der Wirtschaft steigt und die EU mehr Absolventen aus der Tertiärbildung braucht.

Schließlich bieten ESF-Projekte Arbeitnehmern und Arbeitsuchenden Möglichkeiten des lebenslangen Lernens, damit sie sich – je nach den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung – qualifizieren und weiterbilden können. Andere Programme werden eingerichtet, um die Schulabbrecherquote zu senken und um die Qualifizierung von Jugendlichen – insbesondere bei benachteiligten Gruppen (wie Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund) – sicherzustellen.

### **ESF: Sozialpartner als Nutzer des Fonds und Beteiligung an der Leitung**

**Sozialpartner als Nutzer des Fonds:** Europaweit agierende Sozialpartner auf sektorübergreifender und sektoraler Ebene haben keine direkten Anträge für ESF-Förderung gestellt, weil der Fonds nur nationalen und regionalen Organisationen offensteht. Sozialpartner auf EU-Ebene (zum Beispiel das ETUCE) haben aber ihre nationalen Mitglieder darauf gedrängt, den ESF aktiver zu nutzen und die direkten Förderungsmöglichkeiten für durch die Sozialpartner unterstützte Projekte auszuschöpfen. Das ETUCE sowie industriAll haben ihre Mitgliedsorganisationen unterstützt, die auf nationaler Ebene Anträge an den ESF richten wollten.

**Leitung:** Das ESF-Komitee ist ein dreigliedriges Komitee, das durch den europäischen Vertrag über die Leitung des ESF eingerichtet wurde. Es besteht aus den nationalen Vertretungen der Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und Regierungen aus allen EU-Ländern und wird durch die Europäische Kommission koordiniert. Es ermöglicht die Verwaltung des ESF durch die Mitgliedsstaaten. Die Kommission führt den Vorsitz jeder Sitzung des Komitees, und dieses Forum bietet den Sozialpartnern die Möglichkeit, Themen zur Programmgestaltung, Umsetzung und Überwachung des ESF in den Mitgliedsstaaten zu besprechen. Die europäischen Sozialpartner auf sektorübergreifender Ebene sind als Beobachter am ESF-Komitee beteiligt und überwachen die „ordnungsgemäße und vollumfängliche“ Beteiligung der nationalen Sozialpartnerorganisationen im Rahmen des europäischen ESF-Komitees.

Seit Beginn des aktuellen Programmzeitraums (2014-2020) ist der „Europäische Verhaltenskodex für Partnerschaften“<sup>44</sup> einzuhalten, wodurch die vollumfängliche Beteiligung der Sozialpartner an der Führung des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds auch auf nationaler und regionaler Ebene sichergestellt wird.

**Forderungen für Verbesserungen:** Mitgliedsorganisationen des EGB haben berichtet, dass die Umsetzung des Grundsatzes der Partnerschaft oft unzureichend ist, und daher hat der EGB verlangt, dass die Durchsetzung des Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften verpflichtend werden sollte.

Nach Ansicht des CEEP sollten nationale sektorale Sozialpartner stärker in den ESF einbezogen werden. Um das zu erreichen, sollten Sozialpartner auf nationaler Ebene Zugang zu technischer Unterstützung und zu kapazitätsfördernden Maßnahmen haben. Dies würde nicht nur für die Stärkung der Kapazitäten der nationalen Sozialpartner sorgen, sondern auch für deren Koordination und Vertretung in den Überwachungsausschüssen und Entscheidungsfindungsverfahren, die die Operationellen Programme auf allen Niveaus definieren und umsetzen.

<sup>44</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0240&from=DE>.

Sektorale Sozialpartnerorganisationen, wie EFEE, ETUCE oder industriAll haben auch betont, dass ihre Erfahrung insbesondere auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung in der nationalen und regionalen Steuerung des ESF besser berücksichtigt werden sollte.

### 3.2.2 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung ist ein Fonds, der sich mit regionalen Ungleichgewichten in allen europäischen Mitgliedsstaaten beschäftigt. Das tut er durch die Förderung nachhaltiger Entwicklung, die strukturelle Anpassung regionaler Wirtschaften und die Umstellung strukturschwacher Regionen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten, um sie wieder auf das europäische Niveau zu bekommen. Zurzeit werden vier Bereiche als besonders interessant betrachtet, die miteinander verflochten sind: Unterstützung der Digitalen Agenda, Übergang auf eine Wirtschaft mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen, Innovation und Forschung, Unterstützung für KMU.

Der EFRE unterstützt Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung vorwiegend durch die Finanzierung von Bildungsinfrastruktur, mit einem spezifischen Budget von mehr als 6 Milliarden Euro. Der wichtigste Verweis in der EFRE-Verordnung hinsichtlich allgemeiner und beruflicher Bildung ist Nummer 10 von Artikel 5 – Investitionsprioritäten, wo Folgendes erklärt wird: *„Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen durch die Entwicklung der Aus- und Weiterbildungsinfrastruktur“*.<sup>45</sup>

Schließlich spielte der EFRE, zumindest in der Vergangenheit, eine Rolle in der Stärkung der Rolle der Sozialpartner in regionalen und sektoralen Programmen.<sup>46</sup> Im Süden Italiens wurde beispielsweise zwischen 2000 und 2006 eine erfolgreiche Unterstützungsstruktur eingerichtet, um das zu bieten, was als „erfolgreiche technische Unterstützung“<sup>47</sup> definiert wurde, wodurch der Grundstein einer potenziell langfristigen Kapazität der Sozialpartner gelegt wurde, in dieser Art von Programmen zusammenzuarbeiten.

#### **EFRE: Sozialpartner als Nutzer des Fonds und Beteiligung an der Leitung**

**Sozialpartner als Nutzer des Fonds:** Wie auch beim ESF haben die europaweit agierenden Sozialpartner auf sektorübergreifender und sektoraler Ebene keine Erfahrung mit der Nutzung des EFRE durch ihre eigenen Projekte, weil nur nationale und regionale Organisationen Anträge stellen können. Hinsichtlich der Unterstützung nationaler Mitglieder wird jedoch durch EFEE berichtet, dass es nicht genügend Informationen über die Möglichkeiten gibt, wie Arbeitgeber im Bildungsbereich den Fonds nutzen können.

**Leitung:** Seit Beginn des aktuellen Programmzeitraums (2014-2020) ist der Europäische Verhaltenskodex für Partnerschaften einzuhalten, wodurch die vollumfängliche Beteiligung der Sozialpartner an der Führung des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sichergestellt wird. Was den EFRE und den Kohäsionsfonds anbelangt, so sind die Sozialpartner auf nationaler und regionaler Ebene nicht ausreichend in Überwachungskomitees involviert. Auf europäischer Ebene

<sup>45</sup> Verordnung Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006.

<sup>46</sup> EGB 2014: Europäischer Struktur- & Investitionsfonds 2014-2020 – EGB Gewerkschaftsleitfaden, 2014.

<sup>47</sup> Ibid.

gewährleistet das bestehende Gremium, der sogenannte „strukturierte Dialog“<sup>48</sup> nach Ansicht der europäischen Sozialpartner nicht die ordnungsgemäße und vollumfängliche Überwachung ihrer Beteiligung.

**Forderungen für Verbesserungen:** Laut EGB und ETUCE sollten die Sozialpartner auf EU-Ebene eine stärkere Rolle in der Entscheidungsfindung im EFRE spielen, um für eine bessere Kohärenz der Nutzung des Fonds zu sorgen und ihn an europäischen strategischen politischen Zielsetzungen auszurichten. Um dies zu erreichen, könnte ein europäisches dreigliedriges Gremium ähnlich dem ESF-Komitee eingerichtet werden.

### **Förderung von Projekten auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung über ESF und EFRE**

Im Programmzyklus 2007-2013 verfolgten Projekte, die durch den ESF und den EFRE auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung gefördert wurden, das Ziel, Reformen der Allgemein- und Berufsbildungssysteme zu unterstützen, die Teilnahme an Bildung zu verstärken, das menschliche Potenzial in Forschung und Innovation zu entwickeln und Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern.

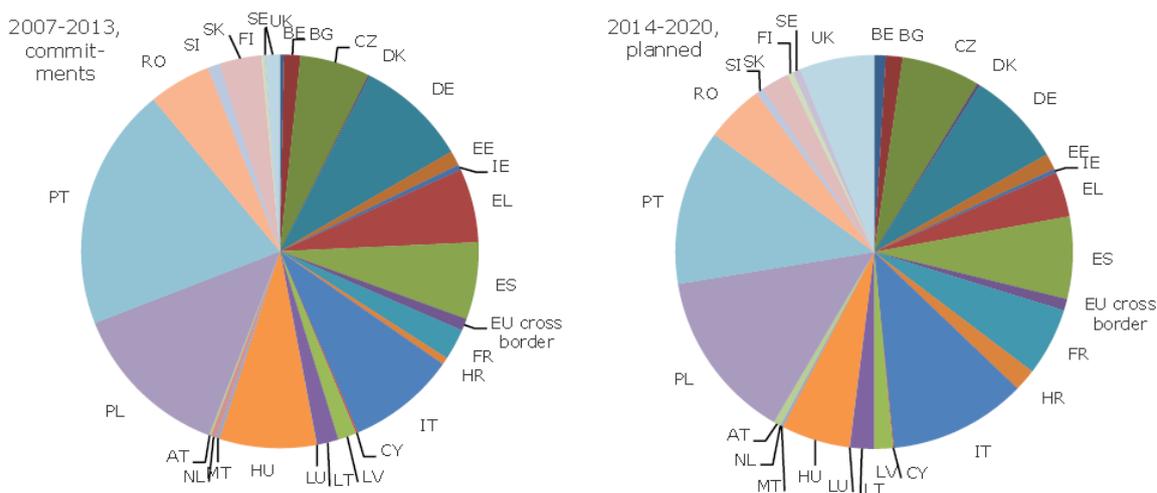
Während der gesamte Haushalt für Projekte auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung im Programmzeitraum 2007-2013 36,8 Milliarden Euro betrug, ist der verfügbare Betrag für diese Art von Investitionen im aktuellen Finanzzyklus gesunken. Für 2014-2020 wurden 33,9 Milliarden Euro für Bildungsprojekte vorgesehen, mit dem Ziel, die Anzahl der Schulabbrecher zu senken und gleichen Zugang zur Bildung zu fördern, gleichen Zugang zum lebenslangen Lernen zu stärken, die Relevanz der Allgemein- und Berufsbildungssysteme für den Arbeitsmarkt zu erhöhen und Bildungs- und Kinderbetreuungsinfrastruktur zu verbessern.

Wie die folgenden Zahlen zeigen, sind die Ausgaben von ESF und EFRE für allgemeine und berufliche Bildung recht ungleichmäßig über die Mitgliedsstaaten verteilt, wobei Länder wie Portugal (14% im aktuellen Förderungszyklus), Polen (13%), Italien (11%) und Deutschland (8%) einen hohen Anteil der verfügbaren Mittel aufnehmen.

**Abbildung 3:** EU-Strukturfonds zu Bildungsprojekten

---

<sup>48</sup> Auf Grundlage von Artikel 5(6) von Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 (Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen) hat die Kommission eine Expertengruppe mit Partnern auf EU-Ebene im Bereich des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) für den Programmzeitraum 2014-2020 zusammengestellt. Der „Structured Dialogue with European Structural and Investment Funds' partners group of experts“ (Expertengruppe für den strukturierten Dialog über die europäischen Struktur- und Investitionsfonds) wurde formell mit der Entscheidung der Kommission C(2014) 4175 vom 26. Juni 2014 gegründet. Ihre Aufgabe ist die Schaffung eines offenen, ehrlichen und informellen Dialogs mit Partnern, die im Bereich des ESI-Fonds arbeiten. Die Mitglieder sind Dachorganisationen auf EU-Ebene, die gemäß ihrer Repräsentativität für eine der drei Partnerkategorien nach Artikel 5(1) der oben genannten Verordnung ausgewählt wurden: Einrichtungen, die regionale, lokale, städtische und andere Behörden repräsentieren; Wirtschafts- und Sozialpartner, und Stellen, die die Zivilgesellschaft vertreten, wie etwa Partner des Umweltbereichs, Nichtregierungsorganisationen und Stellen für die Förderung von sozialer Integration, Gleichstellung und Nichtdiskriminierung.



Quelle: Europäische Kommission: Anzeiger für allgemeine und berufliche Bildung 2015, S. 29-30

### 3.2.3 Weitere ESI-Fonds (Kohäsionsfonds, ELER, EMFF)

Dieser Abschnitt behandelt die drei anderen ESI-Fonds, die sich mit der europäischen Regionalpolitik beschäftigen: der Kohäsionsfonds, der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Der **Kohäsionsfonds** wurde geschaffen, um Mitgliedsstaaten zu unterstützen, deren Bruttoinlandsprodukt unter 90% des europäischen Durchschnitts lag, und verfolgte drei Hauptziele: Abbau der Ungleichgewichte, Förderung der Konvergenz, und Schaffung der Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung.<sup>49</sup> Somit sind die teilnahmeberechtigten Länder für den Zeitraum 2014-2020 Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Der Haushalt des Kohäsionsfonds für denselben Zeitraum beträgt 63,4 Milliarden Euro, die für zwei Hauptarten von Maßnahmen zu verwenden sind, und zwar:

- ▶ Verkehrsnetz durch mehrere europäische Länder
- ▶ Projekte mit dem Ziel der Verbesserung von Umweltbedingungen (z. B. Verbesserung der öffentlichen Beförderungssysteme und Energieeffizienz)

Zum zweiten Punkt entstehen neue Bedürfnisse auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, um die neuen Bedürfnisse an Kompetenzen befriedigen zu können.

Mit einem Gesamtvolumen von 100 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 - 2020 ist der **Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)** das wichtigste Investitionsinstrument zur Unterstützung der ländlichen Gebiete der Europäischen Union, um sich einem breiten Spektrum von ökonomischen, ökologischen

<sup>49</sup> Verordnung (EU) Nr. 1300/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung des Rates (EG) Nr. 1084/2006.

und sozialen Herausforderungen zu stellen.<sup>50</sup> Sein Haushalt wird vorwiegend durch die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung verwaltet. Der ELER soll EU-Mitgliedsstaaten dabei unterstützen, sich einer Reihe von Herausforderungen zu stellen, und zum Erreichen strategischer europäischer Prioritäten im Bereich der Landwirtschaft beitragen, wie zum Beispiel

- ▶ Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten;
- ▶ Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten, und Unterstützung des europäischen Agrar-, Ernährungs- und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft, während Energieeffizienz gefördert wird;
- ▶ Wiederherstellung und Erhaltung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme;
- ▶ Förderung einer stärkeren Organisation der Nahrungsmittelkette, Verbesserung des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft, und Verbesserung der Lebens- und Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft sowie Förderung innovativer Bewirtschaftungsmethoden und nachhaltiger Forstwirtschaft.

Obwohl alle strategischen Ziele die Notwendigkeit von Investitionen in Bildung, Kompetenzen und Wissen implizieren, beträgt der zugewiesene Anteil der Investitionen in berufliche Bildung im ELER nur etwas über 1% der gesamten Mittel (etwas über 1 Milliarde Euro).<sup>51</sup> Berufsausbildung und Informationsaktionen werden nur in Achse 1 erwähnt, die Achse, die sich mit der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, während die Bedeutung des Erwerbs spezifischer Kompetenzen nur in Achse 3 angeführt wird, die Achse mit Schwerpunkt auf der Lebensqualität in ländlichen Gebieten und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.<sup>52</sup>

Der **Europäische Meeres- und Fischereifonds** ist das wichtigste Instrument der Europäischen Kommission zur Umsetzung der gemeinschaftlichen Fischereipolitik. EU-Ressourcen tragen direkt 6,4 Milliarden Euro bei, wobei davon ausgegangen wird, dass andere untergeordnete nationale Fonds weitere 2,2 Milliarden Euro beitragen werden.<sup>53</sup> Die Generaldirektion für maritime Angelegenheiten und Fischerei ist an der Nutzung

---

<sup>50</sup> [http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020/index_de.htm).

<sup>51</sup> Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommission 2016: Analytical underpinning for a New Skills Agenda for Europe in Begleitung des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA FÜR KOMPETENZEN: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken.

<sup>52</sup> Verordnung zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), 2012.

<sup>53</sup> Europäische Kommission 2015: Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) – Kurzdarstellung. 5,7 Milliarden Euro sollen unter der gemeinsamen Verwaltung der Mitgliedsstaaten genutzt werden und werden ihnen direkt zugewiesen.

beteiligt und wird durch EASME, die Exekutivagentur für KMU, unterstützt. Für den Zeitraum 2014-2020 unterstützt der EMFF drei wichtige thematische Zielsetzungen von Europa 2020, und zwar die Förderung von Beschäftigung und Arbeitsmobilität; Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Aquakultur und Fischerei sowie Förderung der Ressourceneffizienz und Umweltschutz.<sup>54</sup>

Nach diesen thematischen Zielen hat der EMFF die Möglichkeit, berufliche Weiterbildung, lebenslanges Lernen und andere Projekte für den Erwerb neuer Kompetenzen zu unterstützen. Besonders relevant in diesem Kontext sind die 3,4 Milliarden Euro, die für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu „Blue Careers in Europe“ vorgesehen sind. Diese Beihilfen sollen die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, die im maritimen Sektor arbeiten, und Bildungsanbietern auf lokaler und regionaler Ebene stärken, wodurch die Distanz zwischen den zwei Interessenträgern verringert und insbesondere die Kompetenzlücke geschlossen werden soll.<sup>55</sup>

### **ELER und EMFF: Sozialpartner als Nutzer des Fonds und Beteiligung an der Leitung**

Die Erhebung bei europaweit agierenden sektorübergreifenden und sektoralen Sozialpartnerorganisationen hat keine konkreten Erfahrungen von eigenen Projektanträgen in den beiden Fonds ergeben. Die Gründe dafür sind sehr ähnlich wie bei ESF und EFRE, d. h. Anträge können nur durch nationale und regionale Organisationen gestellt werden. Überdies ist es nach Ansicht der Sozialpartner wahrscheinlich, dass Aktivitäten auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung unter diesen zwei Fonds sehr beschränkt sein werden.<sup>56</sup>

### **3.3 Erasmus+**

Das Erasmus+ Programm wurde für den Förderungszeitraum 2014-2020 ins Leben gerufen, es fasst die früheren Programme des Programms zum lebenslangen Lernen (PLL) zusammen und übernimmt weitere frühere und neue Investitionsaufgaben.<sup>57</sup>

Das Gesamtbudget des Programms beträgt 14,8 Milliarden Euro und wird durch die Generaldirektion für Bildung und Kultur (GD EAC) verwaltet.<sup>58</sup> Die GD EAC legt auch Förderungsprioritäten fest, überwacht die Umsetzung des Programms und gibt Beurteilungen in Auftrag. Die zentrale Stelle für die Förderung der Programme, die

<sup>54</sup> Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates.

<sup>55</sup> Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommission 2016: Analytical underpinning for a New Skills Agenda for Europe in Begleitung des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA FÜR KOMPETENZEN: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken.

<sup>56</sup> Diese Beurteilung sollte jedoch im Kontext der kommenden nationalen Analyse im Kontext des Projekts weiter validiert werden.

<sup>57</sup> Das „Programm Jugend in Aktion“, die internationalen Kooperationsprogramme Erasmus Mundus, Tempus, Edulink und die neue Sportaktion.

<sup>58</sup> Europäische Kommission 2016: Erasmus+ Programmleitfaden.

Lancierung von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und die Prüfung von Zuschussanfragen ist die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA). Die Europäische Kommission stellt auch Nationalen Agenturen Mittel zur Verfügung, die die „dezentralisierten“ Aktivitäten des Erasmus+ Programms verwalten, darunter Verbreitung von Informationen über das Programm, Prüfung von Anträgen in ihrem Land, Überwachung und Beurteilung und Förderung des Programms und Unterstützung der Teilnehmer an Erasmus+. Die nationalen Agenturen sollten auch Begünstigte des Programms *„während des gesamten Verlaufs eines Projekts unterstützen. Gemeinsam mit ihnen und anderen Organisationen unterstützen sie ferner EU-Strategien in den im Rahmen des Programms geförderten Bereichen.“*<sup>59</sup>

Erasmus+ bietet Förderung für drei wichtige Bereiche. Besonders wichtig für diese Studie sind Leitaktionen wie Aktivitäten der Leitaktion 2, die auf den Austausch bewährter Praktiken und innovativer Aktivitäten abzielen. Die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Berufsbildungsanbietern, Jugendverbänden und anderen relevanten Interessenträgern im Bereich könnte von der Nutzung der dieser Aktion zugewiesenen Mittel profitieren. In diesem Rahmen wird durch die Kommission erwartet, dass die neuen Kompetenzallianzen<sup>60</sup> diverser Branchen eine wichtige Rolle übernehmen werden, und zwar zur Bewältigung der Kompetenzlücken im Bereich der Berufsausbildung und -weiterbildung und der Entwicklung neuer Lehrpläne.<sup>61</sup> Schließlich haben Wissensallianzen die Aufgabe, Unternehmergeist zu stimulieren und den Wissensaustausch zwischen höheren Bildungseinrichtungen und Unternehmen zu fördern.<sup>62</sup>

Innerhalb der Leitaktion 3 bietet Erasmus+ Unterstützung für politische Reform, wobei die Zielgruppen nationale Behörden (erste Aufforderung 2014), KMU, die in der Vergangenheit noch nie Lehrlinge ausgebildet haben, (Aufforderung 2015) und zukünftige Bedürfnisse der Erwachsenenbildung sind.

### **Erasmus+: Sozialpartner als Nutzer des Fonds und Beteiligung an der Leitung**

**Sozialpartner als Nutzer des Fonds:** Da das Erasmus+ Programm besonders relevant für die Praxis und die Politik der allgemeinen und beruflichen Bildung ist, sind die europaweit agierenden Sozialpartner, insbesondere im Bildungssektor, stark an der Nutzung dieses Instruments interessiert. Sowohl EFEE als auch ETUCE haben in der Vergangenheit erfolgreiche

<sup>59</sup> [http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/about\\_de#tab-1-2](http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/about_de#tab-1-2).

<sup>60</sup> Kompetenzallianzen einer Branche sind länderübergreifende Projekte, deren Ziele darin bestehen, Kompetenzlücken zu schließen, eine schnellere Reaktion von Berufsausbildungssystemen auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu erreichen und den Bedarf an neuen Kompetenzen nach der Entwicklung der Beschäftigungsprofile hervorzuheben.

<sup>61</sup> Diese neue und größere Rolle ergibt sich aus der Tatsache, dass die Kompetenzallianzen der Branchen im Zeitraum 2014 - 2020 die Aufgabe haben, diese Aktivität auszuführen, die früher durch die Kompetenzräte der Branchen übernommen wurde.

<sup>62</sup> Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommission 2016: Analytical underpinning for a New Skills Agenda for Europe in Begleitung des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA FÜR KOMPETENZEN: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken.

Förderungsanträge unter dem Erasmus-Programm und unter dem Vorläufer des Erasmus-Programms (Programm für lebenslanges Lernen 2007-14) gestellt. Im Fall von EGB und ETUCE hingegen ist die direkte Erfahrung bisher auf den Vorläufer des Programms beschränkt.<sup>63</sup> Erwähnt werden sollte hier, dass die europäischen Sektororganisationen die Förderung auch zur Stärkung des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene genutzt haben.<sup>64</sup>

Die Erfahrung mit direkter Finanzierung aus Erasmus+ Quellen durch andere europaweit agierende Sozialpartner ist beschränkt, auch – wie EFFAT betont hat – aufgrund des hohen administrativen und technischen Aufwands bei der Vorbereitung eines Antrags. Für industriAll ist Erasmus+ insbesondere für die Einrichtung von Kompetenzallianzen interessant. Laut Aussage der Organisation müssen für einen Antrag jedoch zu viele Partner gesammelt werden und verlangen erwartete Aktivitäten (wie die Entwicklung neuer Lehrpläne für die berufliche Bildung) eine technische Detailliertheit, die industriAll nicht einhalten konnte.

Sowohl die sektorübergreifenden als auch die sektoralen europaweit agierenden Sozialpartner waren der Ansicht, dass eine bedeutende Motivation für direkte Anträge bei Erasmus+ der Schwerpunkt auf Bildung, Wissen und Berufsbildungspraktiken und -strategien war. Dadurch bietet Erasmus+ viel mehr Möglichkeiten und Unterstützung als eine Förderung durch die Haushaltslinien der Europäischen Kommission, die spezifisch den Sozialpartnern vorbehalten sind (siehe Abschnitt unten). Dieses Potenzial des Erasmus+ Programms wurde durch alle Sozialpartner betont, nicht nur durch jene, die im Bildungsbereich aktiv sind. Es gibt jedoch praktische Beschränkungen und Hemmnisse, die es europaweit agierenden Sozialpartnern sehr schwer machen, Förderungen zu beantragen.

**Forderungen für Verbesserungen:** Laut EGB und ETUCE ist das Erasmus+ Programm zu bürokratisch. Die Partnerschaftsanforderungen sollten geändert werden. Sogar für einen Projektpartner eines Projekts, das durch eine andere Organisation geleitet wird, müssen viele Berichte ausgefüllt werden. Laut den zwei Organisationen neigt das Programm also dazu, jene Antragsteller zu bevorzugen, die bereits spezifische Erfahrung unter dem Vorläufer von Erasmus+, dem Programm für lebenslanges Lernen, haben. Ferner halten es europäische Gewerkschaftsorganisationen (z. B. EGB und ETUCE) für schwierig für ihre nationalen Mitgliedsorganisationen, Anträge für Erasmus+ Projekte zu stellen, da sie im Allgemeinen vermutlich nicht in der Lage sind, ein so kompliziertes Projekt zu führen. Laut EFEE ist es oft so, dass die Personen, die Projektanträge beurteilen, die Rolle der Sozialpartner im Entscheidungsfindungssystem der EU nicht zu begreifen scheinen.

**Leitung:** Erasmus+ wird durch die Generaldirektion Bildung und Kultur und die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) verwaltet, wobei Letztere für die Vergabe von Zuschüssen und die Koordination der nationalen Kontaktstellen zuständig ist. Das Programm wird durch das Erasmus+ Komitee gesteuert. Während die europaweit agierenden Sozialpartner, die sektorübergreifend und im Bildungssektor aktiv sind (EGB, ETUCE, EFEE, BusinessEurope, CEEP, UEAPME), eine Beobachterrolle im Komitee des Programms für lebenslanges Lernen hatten (2007-14), ist dies unter dem Erasmus+ Programm nicht länger der Fall. Auf der Grundlage von Informationen, die die Europäische Kommission den Sozialpartnerorganisationen zur Verfügung gestellt hat, haben die Regierungsvertreter es abgelehnt, Sozialpartner im Komitee zu haben, weil dort finanzielle Entscheidungen getroffen werden. Dies ist aus der Sicht der europäischen Sozialpartner zutiefst unbefriedigend. Da das Komitee das jährliche Arbeitsprogramm von

<sup>63</sup> EFEE hat Mittel, die im Rahmen der Leitaktion 3 – „Unterstützung für politische Reformen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung“ verfügbar waren –, für operationelle Zwecke genutzt. ETUCE hat im Kontext des Programms für lebenslanges Lernen 2009-2010 Projekte zur transregionalen Kooperation im LLL mit Interessenträgern im Bildungsbereich und 2004-2005 und 2008-2009 gemeinsam mit nationalen Lehrgewerkschaften ein Projekt mit dem Schwerpunkt auf E-Learning-Aktivitäten (ELFE 1 und ELFE 2) ausgeführt. Das Projekt verfolgte das Ziel einer verbesserten Nutzung von IKT in Schulen und einer verstärkten Fähigkeit der Lehrenden, IKT im Unterricht einzusetzen.

<sup>64</sup> Siehe: <https://www.csee-etuice.org/en/social-dialogue/30-european-cross-sectoral-social-dialogue/61-work-programme>.

Erasmus+ festlegt, hat es enormen Einfluss auf die Investitionsentscheidungen des Programms in Bezug auf Allgemein- und Berufsbildungspolitiken der Europäischen Kommission, weshalb die Sozialpartner wieder eine Rolle im Komitee und in der Entscheidungsfindung erhalten möchten. Die europäischen Sozialpartner möchten in die Verhandlungen über den Rahmen des Programms einbezogen werden. industriAll hat auch die Rolle von Erasmus+ im Hinblick auf die neuen Kompetenzallianzen der Branchen und die Notwendigkeit betont, die Sozialpartner stärker in die Steuerung dieser spezifischen Aktivität einzubeziehen.

### 3.4 Jugendbeschäftigungsinitiative und Jugendgarantie

Die Jugendbeschäftigungsinitiative (JBI) wurde im Februar 2013 durch eine Entscheidung des Europäischen Rates<sup>65</sup> lanciert und verfolgt das Ziel, jene Menschen und Regionen in 20 Mitgliedsstaaten stärker zu unterstützen, die am meisten mit Jugendarbeitslosigkeit, Nichterwerbstätigkeit und Jugendlichen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden (NEETs), konfrontiert sind. Die JBI steht unter der Leitung der Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration. Die 34 Programme, die durch die JBI gefördert werden, richten sich spezifisch an junge Menschen unter 25 Jahren in NUTS-2-Regionen<sup>66</sup>, wo die Jugendarbeitslosigkeit 2012 mehr als 25% betrug, wobei der Schwerpunkt auf NEETs liegt. Die JBI sollte die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Praktika, Stellenvermittlungen und Fortbildungsmaßnahmen unterstützen, die zu einer Qualifikation führen.<sup>67</sup>

Die Jugendbeschäftigungsinitiative hatte für den Zeitraum 2014-2020 ein Budget von 6,4 Milliarden Euro, das nach den ESF-Regeln verwendet wird. Die Hälfte des Budgets stammt von einer dedizierten Haushaltslinie Jugendbeschäftigung, während die andere Hälfte vom ESF stammt.<sup>68</sup> Ein Teil des Budgets wurde in Form von Vorfinanzierung freigegeben, um Projekte schneller umzusetzen, und die Vorfinanzierung wurde 2015 auf 30% erhöht, da die überwiegende Mehrheit der teilnahmeberechtigten Länder das verfügbare Geld aufgrund des Anteils, den sie selbst investieren sollten, nicht nutzten. Die JBI-Projekte sollten 2,3 Millionen arbeitslosen und nicht erwerbstätigen jungen Menschen helfen.<sup>69</sup>

Die Mittel der Jugendbeschäftigungsinitiative wurden später nach einer Empfehlung des Rates im April 2013 für die Jugendgarantie umgewidmet, nach der alle Mitgliedsstaaten dafür sorgen müssen, dass

---

<sup>65</sup> Europäischer Rat, EURECO 37/13. Schlussfolgerung Mehrjähriger Finanzrahmen.

<sup>66</sup> Für nähere Details zu NUTS-2-Regionen in jedem europäischen Land besuchen Sie bitte die Seite <http://ec.europa.eu/eurostat/web/nuts/overview>

<sup>67</sup> Belgien, Bulgarien, Estland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern. Quelle: Jugendbeschäftigungsinitiative, Update 2015, 2015.

<sup>68</sup> Die JBI wurde ins Leben gerufen, um die Auswirkungen des ESF in den Regionen zu verstärken, die stärker unter dem Konjunkturrückgang zu leiden hatten, insbesondere in Bezug auf ihre jüngeren Bevölkerungsgruppen.

<sup>69</sup> Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommission 2016: Analytical underpinning for a New Skills Agenda for Europe in Begleitung des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA FÜR KOMPETENZEN: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken.

*„alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, ein konkretes und qualitativ hochwertiges Angebot – eine Arbeitsstelle, ein Ausbildungsplatz, ein Praktikum oder eine Fortbildung – erhalten“.*<sup>70</sup>

Seither haben alle EU-Länder umfassende Pläne zur Umsetzung der Jugendgarantie vorgelegt.<sup>71</sup>

Im Vergleich zum erklärten Ziel sind die dafür verfügbaren Mittel relativ gering: 6,4 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 - 2020, auch wenn unabhängige Studien die Anforderungen auf 21 Milliarden Euro pro Jahr festlegen,<sup>72</sup> während die Kosten für Untätigkeit auf überwältigende 153 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt wurden.<sup>73</sup> Der Rest der Ressourcen wird von den Mitgliedsstaaten erwartet. Drei Jahre nach ihrem Start bleiben ihre Auswirkungen auf die Qualität von Ausbildungsplätzen, Praktika und durch die jungen Menschen erworbenen Kompetenzen zumindest fragwürdig, was auch für die Tatsache gilt, eine „Garantie“ zu sein. Überdies verlor das Programm nach den ersten Anzeichen einer Erholung 2014 - 2015 in der Europäischen Agenda rasch an Momentum.<sup>74</sup> Außerdem wurde ein Mangel an zuverlässigen und vergleichbaren Überwachungs- und Evaluierungsinstrumenten festgestellt und diese Schwäche wog zusätzlich auf die ursprünglichen unsicheren Aspekte, die sie von Anfang an kennzeichneten.<sup>75</sup>

### **Jugendbeschäftigungsinitiative und Jugendgarantie: Beteiligung der Sozialpartner und Nutzung des Fonds**

Unter der Jugendgarantie ergreifen Mitgliedsstaaten Maßnahmen. Die Jugendbeschäftigungsinitiative ergänzt andere Aktionen auf nationaler Ebene, darunter auch jene, die durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützt werden, und folgt daher der Steuerung des ESF, insbesondere auf nationaler Ebene. Der Kodex für Partnerschaften sollte also angewendet werden, wie das für alle ESI-Fonds erforderlich ist. Andere Maßnahmen werden direkt durch die zuständigen Abteilungen nationaler Ministerien für Bildung und Beschäftigung umgesetzt.

Auf EU-Ebene werden die nationalen Pläne und die Umsetzung der Jugendgarantie im Kontext des Europäischen Semesters beurteilt. Auch der Beschäftigungsausschuss (EMCO) des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz - EPSCO) setzt – in seiner Vorbereitung der Beratungen des Rates – seine multilaterale Überwachung der Umsetzung der Jugendgarantie fort. EMCO hat einen Indikatorrahmen für die Überwachung der Jugendgarantie entwickelt.

---

<sup>70</sup> Ibid.

<sup>71</sup> Siehe: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1161&langId=de>

<sup>72</sup> ILO 2012: Studies on Growth with Equity, “Eurozone Job Crisis – Trends and Policy Responses”.

<sup>73</sup> Eurofound 2012: “NEETs Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe”.

<sup>74</sup> C. Dhéret, M. Morosi 2015: One year after the Youth Guarantee: Policy fatigue or signs of action? European Policy Centre, Kurzdossier.

<sup>75</sup> Ibid. Siehe auch: M. Barslund, D. Gros 2013: Unemployment is the scourge, not youth unemployment per se - The misguided policy preoccupation with youth”, CEPS. A. Sapir 2013: Youth Unemployment: it's growth, stupid! Bruegel.

**Sozialpartner als Nutzer des Fonds:** Die Beteiligung der europaweit agierenden Sozialpartner im Rahmen des Europäischen Semesters und des EMCO ist nach wie vor auf verschiedene Formen informeller Zusammenarbeit beschränkt.

**Leitung:** Nach Ansicht der Sozialpartner sollte es eine viel stärkere Rolle für sie in der Leitung und Entscheidungsfindung, Überwachung und Umsetzung der Jugendbeschäftigungsinitiative und auch der Jugendgarantie auf EU-Ebene geben.

**Forderungen für Verbesserungen:** Die europaweit agierenden Sozialpartnerorganisationen arbeiten weitgehend an den Empfehlungen zu allgemeiner und beruflicher Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters. In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass die europäischen sektorübergreifenden Sozialpartnerorganisationen und ihre nationalen Mitgliedsorganisationen Ende Oktober 2016 zu einer Revisionsitzung des Beschäftigungsausschusses des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz - EPSCO) eingeladen wurden, die dem Sachstand des sozialen Dialogs auf nationaler Ebene und seinem Einfluss auf das Europäische Semester gewidmet ist. Das war das erste Mal, dass EMCO das Thema der Beteiligung der Sozialpartner am Europäischen Semester behandelt hat.<sup>76</sup>

### 3.5 Horizont 2020

Horizont 2020 ist eine der Leitinitiativen von Europa 2020. Mit einer Mittelausstattung von fast 80 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 - 2020 ist es das größte Forschungs- und Innovationsprogramm in der Geschichte der EU.<sup>77</sup> Aber Teile der unter Horizont 2020 verfügbaren Mittel wurden auf den Europäischen Fonds für strategische Investitionen übertragen.

Horizont 2020 umfasst drei Schwerpunkte:

- ▶ Der Schwerpunkt Wissenschaftsexzellenz richtet sich spezifisch an Universitäten und Forschungszentren. Er umfasst Initiativen wie: den Europäischen Forschungsrat; zukünftige und aufkommende Technologien; die Marie Skłodowska-Curie Aktionen; und die Forschungsinfrastruktur, einschließlich E-Infrastruktur;<sup>78</sup>
- ▶ Der Schwerpunkt „Führende Rolle der Industrie“ richtet sich an KMU. Er umfasst Aktionen wie Innovation in KMU, Zugang zu Risikofinanzierung, und führende Rolle in Schlüsseltechnologien und industriellen Technologien, innovative Fertigung und Verarbeitung, und Biotechnologie;<sup>79</sup>
- ▶ Der dritte Schwerpunkt behandelt gesellschaftliche Herausforderungen, insbesondere Gesundheit, demografischer Wandel und Wohlbefinden; Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, marine, maritime und Binnengewässerforschung und Biowirtschaft; sichere, saubere und effiziente Energie; intelligenter, grüner und integrierter Verkehr; Klimawandel, Umwelt,

<sup>76</sup> Siehe dazu die CEEP-Pressemitteilung: <http://www.ceep.eu/first-participation-of-national-social-partners-in-a-multilateral-review-of-the-employment-committee-on-the-european-semester/>.

<sup>77</sup> Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1982/2006/EG (Text von Bedeutung für den EWR).

<sup>78</sup> Nähere Informationen zu den einzelnen Zielsetzungen finden Sie hier: <https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/h2020-section/excellent-science>

<sup>79</sup> Nähere Informationen finden Sie hier: <https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/h2020-section/industrial-leadership>

Ressourceneffizienz und Rohstoffe; integrative, innovative und reflektive Gesellschaften; sichere Gesellschaften – Schutz der Freiheit und der Sicherheit von Europa und seiner Bürgerinnen und Bürger.<sup>80</sup>

Der Haushalt für Horizont 2020 ist über verschiedene Generaldirektionen in der Europäischen Kommission verteilt, zuständig für die Mittelvergabe und die Führung des gesamten Programms. Drei davon sind besonders wichtig: Die Generaldirektion für Forschung und Innovation, die Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, und die Generaldirektion für den Digitalen Binnenmarkt.

Im Arbeitsprogramm von Horizont 2020 für 2015 und 2016<sup>81</sup> wird erklärt, dass das Programm sich auf junge Menschen (beginnend mit Grund- und Sekundarbildung) mit geringer Lese- und Schreibkompetenz (grundlegend und funktional) sowie auf NEETs konzentriert und Forschung zu Kompetenzen und Bildung möglichst nahe bei jungen Innovatoren fördern wird.<sup>82</sup>

Eines der vorrangigen Ziele von Horizont 2020 (Förderung von Verbindungen zwischen Innovation und Bildungssystem) wurde verstärkt, wodurch versucht wird, gemeinsame Allgemein- und Berufsbildungsprogramme durch die Schaffung einer Plattform zu entwickeln, die sich an alle Bildungsniveaus richtet. Horizont 2020 versucht auch, öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) in ihrem Bemühen wiederzubeleben, die Kluft zwischen Forschung und Realwirtschaft zu überbrücken, und einige ÖPP untersuchen, welche Kompetenzen in der modernen Welt notwendig sind, und welche Lern- und Bildungsmöglichkeiten diesen Zweck am besten erfüllen.<sup>83</sup>

### **HORIZONT 2020: Sozialpartner als Nutzer des Fonds und Beteiligung an der Leitung**

**Sozialpartner als Nutzer des Fonds:** Angesichts der Komplexität des Programms HORIZONT 2020 haben die europaweit agierenden Sozialpartner mit einer Ausnahme (Rat der Gemeinden und Regionen Europas, RGR<sup>84</sup>) bisher keine Mittel unter diesem Programm beantragt.

**Leitung:** HORIZONT 2020 wird durch die Generaldirektion für Forschung und Innovation der Europäischen Kommission verwaltet, und zwar durch die EASME ("Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen"), die auch die Umsetzung anderer EU-weiter Förderungsinstrumente und -programme leitet (darunter der Großteil von COSME, das EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU, Teile des LIFE-Programms (Programm für Umwelt- und Klimapolitik) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF)).

<sup>80</sup> Nähere Informationen zu den einzelnen Herausforderungen sind verfügbar auf

<https://ec.europa.eu/programmes/horizon2020/en/h2020-section/societal-challenges>

<sup>81</sup> Verfügbar auf [http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/wp/2016\\_2017/main/h2020-wp1617-societies\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/wp/2016_2017/main/h2020-wp1617-societies_en.pdf)

<sup>82</sup> Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommission 2016: Analytical underpinning for a New Skills Agenda for Europe in Begleitung des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA FÜR KOMPETENZEN: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken.

<sup>83</sup> Ibid.

<sup>84</sup> Das ist das Projekt CITYinvest (<http://cityinvest.eu/home>), das sich auf die Einführung innovativer Finanzierungsmodelle in drei Pilotregionen in Belgien, Bulgarien und Spanien konzentriert und in 10 Schwerpunktländern einen umfassenden Prozess zum Kapazitätsaufbau einrichtet.

Zurzeit sind Sozialpartner nicht in die Leitungsstruktur eingebunden.

**Forderungen für Verbesserungen:** Laut EGB und ETUCE richtet sich HORIZONT 2020 nicht ausreichend auf gesellschaftliche Forschung und steht es Anträgen von anderen Interessenträgern als Forschungseinrichtungen und Universitäten nicht offen genug gegenüber. Nationale Gewerkschaften möchten Zuschüsse unter diesem Programm beantragen, aber das Antragsverfahren ist zu kompliziert und sie haben nicht genug Erfahrung mit der Durchführung solcher Projekte. Nach Ansicht der befragten Sozialpartnerorganisationen auf sektorübergreifender und sektoraler Ebene sollte die Rolle der Sozialpartner in der Steuerung und Entscheidungsfindung des Programms enorm verstärkt werden, auch um das Programm näher an gesellschaftliche Bedürfnisse und Herausforderungen heranzurücken, z. B. auf dem Gebiet der beruflichen Entwicklung.

Konkreter wird beispielsweise durch den RGR vorgeschlagen, dass Sozialpartner in die Programmphase einbezogen und während der Vorbereitung des Programms angehört werden sollten. industriAll hat betont, dass Gewerkschaften zumindest in den Schwerpunkt „Gesellschaftliche Herausforderungen“ sowie in andere Bereiche eingebunden werden sollten, wo sie spezifische Erfahrungen und Kenntnisse haben, z. B. zur „Führenden Rolle der Industrie“ Wie der RGR hervorhebt, würde eine stärkere Beteiligung europäischer Dachorganisationen vermutlich auch positiv zu einer Erweiterung der Anzahl möglicher Antragsteller für das Programm HORIZONT 2020 beitragen.

### 3.6 EaSI-Förderung

Das EU-Programm für „Beschäftigung und soziale Innovation“ (EaSI) ist ein Finanzierungsinstrument, das durch die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration verwaltet wird. EaSI hat das Ziel, eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Beschäftigung zu fördern, wo sozialer Schutz garantiert ist, soziale Ausgrenzung und Armut bekämpft werden und ganz allgemein Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Der für den Förderungszeitraum 2014-2020 verfügbare Haushalt beträgt 919 Millionen Euro, verteilt über drei Unterprogramme:

- ▶ Das Unterprogramm PROGRESS hat die Aufgabe der Modernisierung der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik (hierauf entfallen 61% des Gesamtbudgets)
- ▶ Das Unterprogramm EURES richtet sich auf die Verbesserung der beruflichen Mobilität über die verschiedenen Mitgliedsstaaten hinweg (mit 18% des Gesamtbudgets)
- ▶ Das Unterprogramm Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum (mit den übrigen 21% des Haushalts) behandelt den Zugang zu Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum<sup>85</sup>

Zusammen sollen diese drei Unterprogramme ein breites Spektrum von Zielsetzungen nach den EaSI-Vorschriften behandeln:<sup>86</sup>

<sup>85</sup> Die drei Namen der Unterprogramme erinnern an die drei Programme 2007 - 2013, die unabhängig geführt wurden: PROGRESS, EURES und Progress-Mikrofinanzierung.

<sup>86</sup> Verordnung (EU) Nr. 1296/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über ein Programm der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation („EaSI“) und zur Änderung des Beschlusses Nr. 283/2010/EU über die Einrichtung eines europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung.

- ▶ Unterstützung der Entwicklung angemessener, zugänglicher und effizienter Sozialschutzsysteme und Arbeitsmärkte und Ermöglichung politischer Reformen;
- ▶ Gewährleistung der wirksamen Anwendung des Unionsrechts und Beitrag zu dessen Modernisierung;
- ▶ Stärkung der Eigenverantwortung über EU-Zielsetzungen in den Bereichen Beschäftigung, Soziales und Integration;
- ▶ Förderung der geografischen Mobilität und Unterstützung der Schaffung von Arbeitsplätzen in einem offenen Arbeitsmarkt;
- ▶ Verbesserung der Zugänglichkeit von Mikrofinanzierung, insbesondere für sozial schwache Gruppen, zusätzlich zur Stärkung von Sozial- und Kleinstunternehmen.

In Bezug auf diese Studie ist das wichtigste EaSI-Unterprogramm zweifelsohne PROGRESS, da es die Vorwegnahme von Kompetenzen, die Analyse und Einschätzung der wahrscheinlich verfügbaren Kompetenzen und Bedürfnisse im Europäischen Binnenmarkt behandelt, wodurch die Basis für zukünftige öffentliche Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung gelegt wird.<sup>87</sup> Die relevanteste EaSI-Aktion, sowohl in Bezug auf Mittel als auch auf die Relevanz für unsere Studie, ist die Erstellung der europäischen Klassifizierung für Fähigkeiten/Kompetenzen, Qualifikationen und Berufe (oft als ESCO abgekürzt). Diese Klassifizierung will zum goldenen Standard der verschiedenen europäischen Qualifikationen werden und hat letztendlich das Ziel, Lehrpläne aus verschiedenen Mitgliedsstaaten vergleichbar zu machen und dadurch die europäische Mobilität zu erleichtern, damit diese sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer möglichst fair und nützlich wird. Der Haushalt von ESCO beläuft sich auf 7 Millionen Euro.<sup>88</sup>

Es ist auch wichtig zu erwähnen, dass die europäischen Kompetenzräte der Branchen durch EaSI gefördert werden. Dies ist eine Initiative aus den Branchen selbst zur Verstärkung der Kommunikation und der Zusammenarbeit zwischen Interessenträgern, die sich auf europäischer und nationaler Ebene mit der Erfassung von Daten über Kompetenzen beschäftigen. Europäische Kompetenzräte verfolgen das doppelte Ziel, ein deutlicheres Bild potenzieller Kompetenzlücken auf sektoraler Ebene zu liefern und die Schaffung und den Ausbau einer Kompetenzsteuerung sowohl auf sektoraler als auch auf nationaler Ebene zu unterstützen.

### **EaSI-Förderung: Beteiligung der Sozialpartner an der Steuerung und Erfahrung mit der Nutzung des Fonds**

**Sozialpartner als Nutzer des Fonds und Leitung:** Während die EaSI-Förderung durch die Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission verwaltet wird,

<sup>87</sup> Vgl. Europäische Kommission 2015: Performance Monitoring Report of the European Union Programme for Employment and Social Innovation (EaSI) 2014.

<sup>88</sup> Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommission 2016: Analytical underpinning for a New Skills Agenda for Europe in Begleitung des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA FÜR KOMPETENZEN: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken.

sind Sozialpartner nicht direkt in die allgemeine Steuerung und Entscheidungsfindung des Programms eingebunden.

Viele sektorale Sozialpartnerorganisationen haben aber aktiv als wichtige Interessenträger an der Gründung von Kompetenzräten der Branchen teilgenommen, die durch die EaSI-Instrumente finanziert werden. In einer Reihe anderer Branchen (Pflege, Bau, Stahl, Gas, Automobil, Chemie, Fischerei, Möbel, Schiffsbau, audiovisuelle & Live-Auftritte, Landwirtschaft, Elektrizität, Sport & Hobby, Milchwirtschaft) wurden Machbarkeitsstudien durch die europaweit agierenden sektoralen Sozialpartner im Kontext ihrer Ausschüsse für den sozialen Dialog durchgeführt, haben aber nicht zur Einrichtung eines Kompetenzrates der Branchen geführt. Solche Gremien wurden nur in drei Sektoren eingerichtet: Textil, Bekleidung, Leder und Schuhe<sup>89</sup>, Handel<sup>90</sup> und Automobilindustrie<sup>91</sup>.

### 3.7 Haushaltlinien für den sozialen Dialog

Der EU-Haushalt enthält ein spezifisches Finanzierungsinstrument zur Förderung des sozialen Dialogs auf branchenübergreifender und sektoraler Ebene, die sogenannten Haushaltlinien für den sozialen Dialog. Dieses Instrument steht in Zusammenhang mit Artikel 154 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und der Pflicht der Europäischen Kommission, den europäischen sozialen Dialog sowohl auf sektorübergreifender als auch sektoraler Ebene im Hinblick auf verschiedene Dimensionen zu fördern und zu unterstützen, wie zum Beispiel Informationsaustausch, Anhörung, Verhandlung und gemeinsame Aktionen.

Die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Kontext der Haushaltlinien sollen letztendlich Anhörungen, Sitzungen, Verhandlungen und andere Aktionen finanziell unterstützen, die diese Zielsetzungen erreichen sollen, und weitere Aktionen<sup>92</sup> der europäischen Sozialpartner auf sektorübergreifender und sektoraler Ebene fördern.

Die Maßnahmen, die finanzielle Unterstützung erhalten, sollen den Sozialpartnerorganisationen dabei helfen, die EU-weiten Herausforderungen in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu bewältigen, wie beschrieben in besonders wichtigen Dokumenten der Kommission, wie die Mitteilung „Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion“ (KOM(2015)600), die Jahreswachstumsberichte, der Gemeinsame Beschäftigungsbericht und die Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten im Kontext des Europäischen Semesters sowie andere Dokumente, wie die politischen Leitlinien und Arbeitsprogramme der Europäischen Kommission.

Diese Haushaltlinien können auch zur Finanzierung von Aktionen genutzt werden, die Vertreter der Sozialpartner aus Kandidatenländern einbeziehen. Auch die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern an den Entscheidungsgremien der

<sup>89</sup> <http://europeanskillscouncil.t-c-l.eu/>

<sup>90</sup> <http://www.europeancommerce.eu/default.aspx>

<sup>91</sup> <http://euautomotiveskillscouncil.eu/>

<sup>92</sup> Wie dargelegt in Dokumenten der EU-Kommission wie die Mitteilungen "Der europäische soziale Dialog, Determinante für Modernisierung und Wandel (KOM(2002)341", "Partnerschaft für den Wandel in einem erweiterten Europa - Verbesserung des Beitrags des europäischen sozialen Dialogs" (KOM(2004)557) oder die Arbeitsunterlagen der Kommission zu "Functioning and potential of European sectoral social dialogue (SEC(2010)964)".

Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen soll gefördert werden. Diese letzten beiden Komponenten sind horizontale Anforderungen.

### **Haushaltlinien für den sozialen Dialog: Beteiligung der Sozialpartner und Leitung**

**Sozialpartner als Nutzer des Fonds:** Alle europaweit agierenden Sozialpartner auf sektorübergreifender und sektoraler Ebene haben die Haushaltslinien für ein breites Spektrum von Projektthemen verwendet, darunter Themen zur allgemeinen und beruflichen Bildung (siehe Tabelle im Anhang). Die ausgeführten Projekte hatten direkte Auswirkungen auf die Verbesserung der Kapazität und der Rolle des sozialen Dialogs, insbesondere in jenen Mitgliedsstaaten, die als Letzte zur EU gestoßen sind. Die Haushaltslinien für den sozialen Dialog spielen also eine entscheidende Rolle für den sektorübergreifenden und sektoralen sozialen Dialog<sup>93</sup> und die Umsetzung der mehrjährigen Arbeitsprogramme der Sozialpartner in diesem Kontext.

**Leitung:** Die Haushaltslinien für den sozialen Dialog werden durch die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales & Integration in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Haushalt verwaltet. Es gibt kein dediziertes Steuerungsgremium – die Umsetzung, darunter auch Förderungsentscheidungen zu spezifischen Projekten, erfolgt durch die zuständige Einheit der Europäischen Kommission. Als Hauptbegünstigte des Fonds sind die europaweit agierenden Sozialpartnerorganisationen nicht in die Entscheidungsfindung und Steuerung eingebunden. Die Sozialpartnerorganisationen beobachten eine eher negative Entwicklung in Bezug auf die Vergaberegeln dieses Fonds, zum Beispiel eine zunehmende Verwaltungslast sowie der sinkende Haushalt. Daher halten die Sozialpartner es für wichtig, im Hinblick auf die Verwaltung und Umsetzung der Haushaltslinien einen engeren und besseren Austausch und eine regelmäßige Koordination zwischen der GD EMPL und den Sozialpartnern zu erreichen.

**Forderungen für Verbesserungen:** Obwohl die Sozialpartner im Allgemeinen zufrieden mit den EU-Haushaltlinien sind, zeigen sie sich besorgt über die Veränderungen, die in den letzten Jahren eingetreten sind, insbesondere die Senkung der insgesamt verfügbaren Mittel, was die Konkurrenz um die verfügbaren Mittel zwischen Sozialpartnerorganisationen auf europäischer und insbesondere auf nationaler und regionaler Ebene verschärft hat. Viele Sozialpartner haben auch erklärt, dass sie unglücklich über andere Maßnahmen waren, zum Beispiel die Änderung von zwei auf nur eine Ausschreibung pro Jahr und die Erweiterung der Projektdauer von einem auf zwei Jahre. Diese Änderungen werden auf geringere Personalressourcen in der Kommission zurückgeführt.

### **3.8 Sonstige (COSME, CIP, EGF, LIFE, Gesundheit etc.)**

In diesem Abschnitt beschreiben wir kurz andere Programme und Initiativen, die für die öffentliche Finanzierung von Investitionen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung auf europäischer Ebene interessant sind.

Wir beginnen mit **COSME**, Europas Programm für kleine und mittlere Unternehmen. COSME wird durch EASME, die Exekutivagentur der Europäischen Kommission für KMU, verwaltet. COSME hat einen geplanten Haushalt von 2,3 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 - 2020. COSME verfolgt ein vierfaches Ziel:

- ▶ Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln (die sie z. B. bei der Annahme neuer Geschäftsmodelle unterstützen)

<sup>93</sup> Zurzeit gibt es 43 Ausschüsse für den sektoralen sozialen Dialog. Siehe: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=480&langId=de&intPageId=1859>

- ▶ Verbesserung des Marktzugangs für KMU
- ▶ Förderung des Unternehmergeistes (z. B. durch Förderung des Programms Erasmus für junge Unternehmer<sup>94</sup> und Kapazitätsaufbau)
- ▶ Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Gründung und das Wachstum von Unternehmen

COSME ist auch relevant, da es das WORTH-Programm finanzierte, das 2013 für den Zeitraum 2013 - 2015 unter dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation lanciert wurde (oft mit der Abkürzung CIP bezeichnet, mehr zu diesem Programm in den folgenden Absätzen). WORTH hatte die Aufgabe, Verbindungen herzustellen und Unternehmen aus den Bereichen Design, Handwerk und Fertigung zu helfen, die Grenzen der Mitgliedsstaaten zu überschreiten.<sup>95</sup>

Dies führte zur Stärkung dieser kreativen Branchen (d. h. Design und diverse damit verbundene Handwerke und Berufe) und zur Schaffung hochwertiger Designprodukte und -prozesse. Das WORTH-Projekt als Pilotprojekt war so erfolgreich, dass beschlossen wurde, es nach 2013 über die Förderung aus dem COSME-Programm fortzuführen.<sup>96</sup>

Das **Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation** war ein Programm zur Unterstützung von innovativen Aktivitäten: es wurde Ende 2013 abgeschlossen. Es hatte ein Gesamtbudget von 3,6 Milliarden Euro und war der Vorläufer von COSME. Hier soll erwähnt werden, dass es durch seine drei Programme (d. h. das Programm „Unternehmerische Initiative und Innovation“ - EIP, das Programm zur Unterstützung der Politik für Informations- und Kommunikationstechnologien ICT-PSP, und das Programm „Intelligente Energie – Europa“ - IEE) zur Entwicklung der Informationsgesellschaften beitrug, während es im Bereich IKT in allgemeine und berufliche Bildung investierte.<sup>97</sup>

Der **Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung**<sup>98</sup> wurde 2006 gegründet, um Menschen Unterstützung zu bieten, die ihre Arbeitsplätze aufgrund weltweiter struktureller Veränderungen verloren hatten. Er wird durch die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration verwaltet und hat für den Zeitraum 2014 - 2020 einen maximalen Haushalt von 150 Millionen Euro pro Jahr. Mit diesen Mitteln kann der EGF bis zu 60% der Kosten von Projekten finanzieren, die Menschen unterstützen, die auf dem heutigen Arbeitsmarkt entlassen wurden, wobei die Grenze bei der Entlassung von 500 Arbeitnehmern in der Produktionskette eines Unternehmens liegt. Um diese Aufgabe

---

<sup>94</sup> [Erasmus für junge Unternehmer ist ein Programm, das grenzüberschreitenden Austausch durch Teilen von Erfahrungen und Betreuung von erfahrenen Unternehmern finanziert, die jüngere Teilnehmer aufnehmen. Nähere Informationen verfügbar auf: http://www.erasmus-entrepreneurs.eu/](http://www.erasmus-entrepreneurs.eu/)

<sup>95</sup> Nähere Informationen auf: <http://www.worth-project.eu/>

<sup>96</sup> Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommission 2016: Analytical underpinning for a New Skills Agenda for Europe in Begleitung des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA FÜR KOMPETENZEN: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken.

<sup>97</sup> Nähere Informationen zu CIP auf seiner archivierten Seite <http://ec.europa.eu/cip/>

<sup>98</sup> Nähere Informationen über den EGF auf der Seite <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=326&langId=de>

zu erfüllen, finanziert der EGF Maßnahmen auf dem Gebiet von allgemeiner Bildung, beruflicher Bildung und Umschulung. Die wichtigsten Instrumente sind maßgeschneiderte aktive Arbeitsmarktpolitiken, die entlassenen Arbeitnehmern sofortige und langfristige Hilfe bieten, wie Information, Betreuung und Mobilitätszulagen sowie Weiterbildung.<sup>99</sup>

**Life** ist ein Finanzinstrument, das 1992 durch die Europäische Kommission lanciert wurde. Sein Haushalt wird durch die Generaldirektion Umwelt verwaltet und beträgt zurzeit 3,4 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 - 2020.<sup>100</sup> Seine wichtigste Zielsetzung besteht darin, den Schutz von Umwelt und Klima zu unterstützen, und dazu hat es in allgemeine und berufliche Bildung investiert. Durch Life wurden dank der „Vergrünung“ des europäischen Arbeitsmarktes, die Einführung praktischer Richtlinien und von Ad-hoc-Schulungen diverse grüne Jobs geschaffen.<sup>101</sup>

Das letzte Programm, das in diesem Abschnitt erwähnt werden soll, ist das **Programm Gesundheit**, das Dritte seiner Art in der europäischen Geschichte. Es wurde 2014 ins Leben gerufen<sup>102</sup> und will die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der EU verbessern und Ungleichgewichte im Gesundheitswesen abbauen, und zwar durch die Förderung von Gesundheitskampagnen, Gesundheitsinnovation und Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme.<sup>103</sup> Sein Haushalt beträgt 0,44 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 - 2020 und es wird durch die Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit verwaltet. Trotz seines relativ geringen Umfangs ist es für diese Studie relevant, weil es Studien<sup>104</sup> zum Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage und zum Qualifikationsbedarf im Gesundheitssektor kofinanziert hat.<sup>105</sup>

---

<sup>99</sup> Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommission 2016: Analytical underpinning for a New Skills Agenda for Europe in Begleitung des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA FÜR KOMPETENZEN: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken.

<sup>100</sup> Nähere Informationen auf der Seite des Finanzinstruments <http://ec.europa.eu/environment/life/>

<sup>101</sup> Europäische Kommission, Arbeitsunterlagen der Kommission 2016: Analytical underpinning for a New Skills Agenda for Europe in Begleitung des Dokuments Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - EINE NEUE EUROPÄISCHE AGENDA FÜR KOMPETENZEN: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken.

<sup>102</sup> Verordnung (EU) Nr. 282/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 über ein drittes Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1350/2007/EG.

<sup>103</sup> Europäische Kommission, Stellungnahme von Kommissar Borg nach der Abstimmung im Parlament zum Programm Gesundheit 2014-2020, verfügbar auf: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-14-31\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-31_en.htm)

<sup>104</sup> Die Studien selbst werden durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausgeführt.

<sup>105</sup> Verordnung (EU) Nr. 282/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 über ein drittes Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2014-2020) und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1350/2007/EG.

### 3.9 Bildung und die Investitionsoffensive für Europa

#### 3.9.1 Die Investitionsoffensive für Europa und der EFSI

Die Investitionsoffensive für Europa (IOE) wurde im November 2014 als erste wichtige Initiative der Kommission Juncker angekündigt (daher auch „Juncker-Plan“ genannt)<sup>106</sup> und stellt sich der Herausforderung, dass Investitionen in der EU 2013 15% unter dem Niveau von 2007 lagen. Um die Investitionslücke zu schließen, wurde die IOE im Juni 2015 offiziell genehmigt und der Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) unmittelbar danach lanciert.

Trotz seines Namens ist der EFSI kein Fonds, sondern umfasst eine Garantie für die EIB-Gruppe aus dem EU-Haushalt (vorwiegend Horizont 2020) und einen Kapitalbeitrag von der EIB. Diese Finanzstruktur verstärkt die Risikotragfähigkeit der EIB-Gruppe, wodurch sie risikoreichere Projekte oder riskantere Projektabschnitte finanzieren kann, ohne ihre Aktiva-Qualität zu senken und daher ohne ihr AAA-Rating zu bedrohen – ein grundlegendes Element, das die Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells der Gruppe unterbaut. Das wiederum soll andere Investitionen stimulieren, insbesondere in den sichereren Abschnitten von Projekten, indem das Risiko durch Bonitätsverbesserung gesenkt wird. Es ist auch entscheidend, dass der EFSI Additivität zu Operationen bietet, die er unterstützt.

Im EFSI wird erwartet, dass durch die Bereitstellung von insgesamt 21 Milliarden Euro (15 Milliarden aus dem EU-Haushalt und 6 Milliarden von der EIB) bis Juli 2018 durch Hebelwirkungen und Kofinanzierung insgesamt 315 Milliarden Euro an Investitionen generiert werden können (also ein auslösender Faktor von 1:15). Die für die Garantie genutzten Ressourcen stammen aus einer Reorganisation der EU-Haushalte von 2015-2020 und werden hauptsächlich von HORIZONT 2020/InnoFin (Instrument zur Teilung von Kapital und Risiko im Bereich Innovation und Forschung), COSME (KMU-Garantie) und Connecting Europe, d. h. Verkehrsinfrastruktur, umgewidmet.

Gemäß Art. 9 der EFSI-Verordnung<sup>107</sup>, können EFSI-Projekte in den folgenden 7 Bereichen gefördert werden:

- ▶ *Forschung, Entwicklung und Innovation*, insbesondere durch Projekte in Übereinstimmung mit HORIZONT 2020 (in diesem Kontext ist festzuhalten, dass die jeweiligen Investitionen aus dem HORIZONT-Haushalt kommen werden, der also gesenkt wird); Forschungsinfrastruktur; Demonstrationsprojekte und -programme sowie Entfaltung damit verbundener Infrastruktur, Technologien und Prozesse; Unterstützung für die akademische Welt, darunter Zusammenarbeit mit der Industrie; Wissens- und Technologietransfer;

---

<sup>106</sup> KOM (2014) 903 endg., Mitteilung der EK zur Investitionsoffensive für Europa, 26. November 2014.

<sup>107</sup> Verordnung (EU) 2015/1017 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2015 über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, die europäische Plattform für Investitionsberatung und das europäische Investitionsvorhabenportal sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013 — der Europäische Fonds für strategische Investitionen.

- ▶ *Entwicklung des Energiesektors im Einklang mit den Prioritäten der Energieunion, darunter sichere Energieversorgung, und die Klima- und Energierahmenprogramme 2020, 2030 und 2050 (Erweiterung erneuerbarer Energie, Energieeffizienz/-sparen; Modernisierung der Energieinfrastruktur);*
- ▶ *Entwicklung von Verkehrsinfrastrukturen und -ausrüstungen und innovativen Technologien für den Verkehr, insbesondere durch Projekte und horizontale Prioritäten, die unter den Verordnungen (EU) Nr. 1315/2013 und (EU) 1316/2013 gefördert werden können; intelligente und nachhaltige städtische Mobilität; Projekte, die Knoten an TEN-T-Infrastrukturen anbinden;*
- ▶ *Finanzielle Unterstützung über den EIF und die EIB für Unternehmen, die bis zu 3.000 Mitarbeiter beschäftigen, mit einem besonderen Schwerpunkt auf KMU und kleine Mid-Cap-Unternehmen, insbesondere durch („KMU-Fenster“);*
- ▶ *Entwicklung und zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere durch digitalen Inhalt und Dienstleistungen, Hochgeschwindigkeitsinfrastruktur, Breitbandnetzwerke;*
- ▶ *Umweltschutz und Ressourceneffizienz*
- ▶ *Humankapital, Kultur und Gesundheit, insbesondere durch allgemeine und berufliche Bildung; kulturelle und kreative Industrien; innovative Lösungen im Gesundheitsbereich; neue wirkungsvolle Arzneimittel; Sozialinfrastruktur, soziale und solidarische Wirtschaft; Tourismus.*

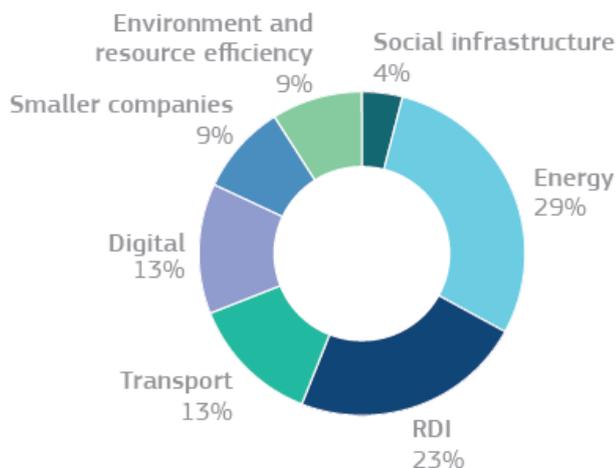
Nach Aussage der Europäischen Investitionsbank (EIB) kann das Potenzial des EFSI im Bildungsbereich durch öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) voll entfaltet werden. EFSI-Projekte für den Bildungsbereich würden nach Ansicht der Kommission/EIB beispielsweise ÖPP sein, die Investitionen für Infrastruktur ankurbeln (Einrichtung mit privater Basis wie Universitäten und vorschulische Bildungseinrichtungen), F&E und Zusammenarbeit mit Unternehmen, Berufsbildungsprogramme und Studiendarlehen. Die Kommission hat auch angekündigt, dass sie weitere Möglichkeiten zur Nutzung des EFSI entwickeln wird, um Investitionen in immaterielle Aktiva zu fördern, wie zum Beispiel Lehrerbildung oder Berufsbildung. Angesichts der vermutlich geringen Größe der Projekte betrachtet die Kommission auch die Aggregation von Projekten als entscheidend. In diesem Kontext werden Unterstützung durch die europäische Plattform für Investitionsberatung und die Einrichtung einer spezifischen Investitionsplattform angeregt.

Seit der Vorstellung des Plans wurden laut Aussage der Europäischen Kommission im Juni 2016 unter EFSI etwa 250 Projekte in 26 EU-Mitgliedsstaaten genehmigt (noch nicht alle sind unterzeichnet), wodurch das finanzielle Engagement unter EFSI auf 12,8 Milliarden Euro steigt (9,3 Milliarden Euro für Infrastruktur- und Innovationsprojekte und 3,5 Milliarden Euro für KMU-Finanzierung).<sup>108</sup>

**Abbildung 4:** Durch die Europäische Investitionsbank (EIB) genehmigte EFSI-Transaktionen - Aufteilung nach Sektor (ab Mai 2016)

---

<sup>108</sup> EU-Kommission: Mitteilung „Europa investiert wieder. Eine Bestandsaufnahme der Investitionsoffensive für Europa.“ KOM (2016) 359 endg. Brüssel, 1.6.2016.



Quelle: Europäische Kommission (2016): Die Investitionsoffensive für Europa. Sachstand.

In Bezug auf die Zielsektoren haben von den 57 Projekten, die ab Mai 2016 im EFSI-Infrastruktur- und Innovationsfenster genehmigt wurden, **nur 5 eine soziale Dimension und kein einziges davon bezieht sich auf die Zielsetzung Humankapital, Bildung und Kompetenzen.**<sup>109</sup>

Während der Anteil dieser sozialen Projekte am Gesamtaufkommen des finanziellen EIB/EFISI-Engagements nur 4% ausmacht und viel niedriger als in allen anderen Sektoren ist, liegt auch der auslösende Faktor zur Mobilisierung zusätzlicher Investitionen weit unter den allgemeinen EFSI-Erwartungen. Man erwartet, dass ein finanzielles Engagement von EFSI/EIB in Höhe von 818 Millionen Euro insgesamt 1,56 Milliarden Euro an Investitionen bewirken wird, was einen auslösenden Faktor von weniger als 2 bedeutet.

EGB und ETUCE haben diese Bedenken geäußert und auch die Gefahr angesprochen, dass das EFSI-Instrument zu Verzerrungen führen könnte, indem bereits bestehende Tendenzen der „Vermarktung“ öffentlicher Dienstleistungen und allgemeiner und beruflicher Bildung verstärkt werden, und haben betont, dass die öffentliche Verantwortung für öffentliche Investitionen in Bildung bewahrt bleiben muss.<sup>110</sup>

Im Kontext einer Bestandsaufnahme der EFSI-Erfahrung nach einem Jahr hat die Europäische Kommission angegeben, dass in Bezug auf soziale Investitionen, einschließlich Bildung, eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden, um die Erarbeitung zuschussfähiger Projekte zu unterstützen.<sup>111</sup> Um eine höhere Sichtbarkeit der Projekte in

<sup>109</sup> Die fünf Projekte sind in *Spanien* (Forschung und Entwicklung zur Verbesserung der medizinischen Behandlung), *Irland* (Bau neuer Zentren für die primäre Gesundheitsversorgung), *Frankreich* (sozialer Wohnbau), im *VK* (Bau eines neuen Lehrkrankenhauses auf einer Brachfläche in Birmingham) und in *Österreich* (Bau und Neugestaltung von Krankenhäusern) angesiedelt.

<sup>110</sup> EGB: EGB-Erklärung zur Investitionsoffensive auf EU-Ebene. Angenommen auf der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses am 2.-3. Dezember 2014. ETUCE: Stellungnahme zur Investitionsoffensive für Europa. Angenommen durch das ETUCE-Büro am 10. Dezember 2014. CEEP: CEEP-Standpunkt zur Investitionsoffensive der Europäischen Kommission. Stellungnahme, 22. Dezember 2014

<sup>111</sup> EU-Kommission (2016): Die Investitionsoffensive für Europa. Sachstand

den Sektoren soziale Wirtschaft und Gesundheit zu schaffen, führt die Kommission zurzeit eine Machbarkeitsstudie zu einem Europäischen Investitionsvorhabenportal für soziale/Bildungsinvestitionen durch.

Die Kommission hat auch angegeben, dass sie mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) über die Schaffung eines „innovativen“ Instruments zur Beurteilung der sozialen Auswirkungen spricht, das zur Gründung von Social Impact Funds (SIFs) führt oder in Bestehende investiert, um soziales Unternehmertum und die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen durch Sozialunternehmen zu fördern (Näheres im folgenden Kapitel).

Die Social Impact Funds sollen Investitionen von nationalen Förderbanken und aus dem Privatsektor stimulieren. Durch die Stimulierung sollen die Investitionen auf der Ebene der letztendlichen Empfänger bis zu 1 Milliarde Euro erreichen. Solche Investitionen in SIFs könnten unter dem EFSI-Rahmen unterstützt werden (als Teil des Kapitalinstruments des KMU-Fensters). Ferner erwägt die Kommission die Möglichkeit ergänzender finanzieller Unterstützung aus dem EaSI-Programm und dem Europäischen Sozialfonds.

### 3.9.2 EIB-Darlehen im Bildungsbereich

Auch die Darlehen der Europäischen Investitionsbank im Bildungsbereich dürfen nicht vergessen werden, da die EIB schon seit dem Ende der 1990er Jahre in diesem Sektor aktiv ist.

Die EIB gewährt Darlehen für verschiedene Arten von Bildungsprojekten, wobei sich die meisten auf Investitionen in Einrichtungen und Infrastruktur beziehen:

- ▶ Vorschuleinrichtungen und Kindergärten;
- ▶ Infrastruktur für Grund- und Sekundarschulen;
- ▶ Universitäten und höhere Bildungseinrichtungen;
- ▶ Berufsbildungseinrichtungen;
- ▶ Studiendarlehen;
- ▶ Forschungsinfrastruktur.

Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der Gesamtbetrag an Darlehen im Bildungsbereich als Anteil der gesamten Darlehensmenge der EIB recht bescheiden, er beträgt 2015 etwa 6% und für den Zeitraum 2011-2015 nur 5%. Es gibt auch signifikante Unterschiede zwischen den Ländern (siehe Tabelle A.4 im Anhang). Während in Ländern wie Luxemburg, Irland, Finnland, Frankreich oder Zypern der Anteil von Bildungsprojekten an der Gesamtheit der Projekte, die EIB-Darlehen erhalten haben, relativ hoch ist, ist hier zu betonen, dass EIB-Darlehen Projekte mit geringem Risiko und daher Länder mit niedriger Arbeitslosigkeit und stabiler Wirtschaft bevorzugen.

**Tabelle 4: Finanzierung durch die EIB in der EU für allgemeine und berufliche Bildung (Millionen Euro)**

	2015		2011-2015	
	Betrag	% des Gesamtbetrags	Betrag	% des Gesamtbetrags
<b>Bildung</b>	<b>4.296</b>	<b>6,2</b>	<b>14.765</b>	<b>4,9</b>
Sekundarbildung	1.407	2,0	5.377	1,8
Tertiärbildung	1.291	1,9	4.982	1,7
Allgemeine und berufliche Bildung	1.529	2,2	4.048	1,3
Primarbildung	28	0,0	274	0,1
Vorschulbildung	41	0,1	84	0

Quelle: Statistischer Bericht EIB 2015. Siehe auch Tabelle A.4 im Anhang für weitere Details.

### 3.10 Initiativen zur Förderung öffentlich-privater Partnerschaften für Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung

#### 3.10.1 Definition öffentlich-privater Partnerschaften

In der Europäischen Union gibt es kein einheitliches Konzept öffentlich-privater Partnerschaften, aber das Grünbuch zu öffentlich-privaten Partnerschaften (KOM/2004/0327 endg.) definiert die folgenden gemeinsamen Elemente von ÖPPs:

- ▶ Die relativ lange Dauer der Beziehung, die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Partner zu verschiedenen Aspekten eines geplanten Projekts mit sich bringt.
- ▶ Die Art der Projektfinanzierung, teilweise aus dem Privatsektor, manchmal mittels komplexer Konstruktionen zwischen den diversen Akteuren. [...]
- ▶ Die bedeutende Rolle des privaten Wirtschaftsteilnehmers, der in verschiedenen Phasen am Projekt teilnimmt (Planung, Vollendung, Umsetzung, Finanzierung).
- ▶ Der öffentliche Partner konzentriert sich vorwiegend auf die Festlegung der Zielsetzungen, die im allgemeinen Interesse zu erreichen sind, die Qualität der erbrachten Dienstleistungen und der Preisgestaltung, und übernimmt Verantwortung für die Überwachung der Einhaltung dieser Ziele.
- ▶ Die Aufteilung der Risiken zwischen dem öffentlichen Partner und dem privaten Partner, auf den die Risiken übertragen werden, die normalerweise beim öffentlichen Sektor liegen.

Laut Education International, das Organisationen von Lehrpersonal und anderen Arbeitnehmern im Bildungsbereich vertritt, gibt es verschiedene Formen vertraglicher ÖPPs, die für den Bildungssektor relevant sind:<sup>112</sup>

- ▶ Erstens sind die häufigste Form **Infrastruktur-ÖPPs**, wo der private Partner zum Beispiel eine Schule finanziert und errichtet hat und die Einrichtung dem öffentlichen Sektor auch vermietet und schließlich übertragen wird.

<sup>112</sup> Education International (2009), Public Private Partnerships in Education, September 2009, [http://www.boeckler.de/pdf/magmb\\_2010\\_10\\_ppp\\_studie\\_en.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/magmb_2010_10_ppp_studie_en.pdf).

- ▶ Zweitens gibt es **Vertragsschulen**, das sind im öffentlichen Besitz befindliche und öffentlich finanzierte Schulen, die durch den privaten Partner für eine Verwaltungsgebühr betrieben werden.
- ▶ Drittens werden **Bildungsdienstleistungen** wie Schulbeurteilungen oder -inspektion oder die Lieferung von Unterrichtsmaterial (und in manchen Fällen nicht pädagogische unterstützende Dienstleistungen) an den privaten Partner ausgelagert.

Ob eine Art als eine ÖPP klassifiziert wird, hängt vom nationalen Hintergrund ab, und eine deutliche Unterscheidung ist nicht immer möglich. Der Schwerpunkt der folgenden Beschreibung und Analyse wird auf Infrastruktur-ÖPPs liegen, da diese Form in vielen Ländern sowie auf dem EU-Markt besonders wichtig ist.

#### **Der Markt der öffentlich-privaten Partnerschaften in der EU**

Diverse Bestimmungen fördern öffentlich-private Partnerschaften in der EU. Das Europäische ÖPP-Kompetenzzentrum (EPEC) wurde 2008 durch die Europäische Kommission und die EIB gegründet, um Beratung zu ÖPPs zu bieten. Seit Anfang der 1990er Jahre wurde der vermehrte Einsatz von ÖPPs durch budgetäre Zwänge, den Wunsch, stärker vom Know-how des privaten Sektors zu profitieren, und einer allgemeineren Veränderung der Rolle des Staates in der Wirtschaft gerechtfertigt, der sich zum Organisator, Regulator und Controller entwickelte.<sup>113</sup>

Aufgrund der Finanzkrise sank der Wert der ÖPPs vor allem infolge eines Trends hin zu kleineren Projekten.<sup>114</sup> Nach einem Rückgang des ÖPP-Transaktionswertes ab 2007 stieg dieser Wert 2010 zum ersten Mal wieder an.<sup>115</sup>

Das VK ist nach wie vor der größte ÖPP-Markt in Europa. Aber auch andere Länder nutzen ÖPPs immer stärker. Laut EIB haben ÖPP-Aktivitäten in der jüngsten Vergangenheit sowohl in Frankreich als auch in südeuropäischen Ländern an Bedeutung gewonnen.

Die Rolle institutioneller Anleger wie Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds als Kapitalgeber für europäische ÖPPs ist im Laufe der Jahre gestiegen: 2015 wurden in acht Ländern (VK, Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Finnland, Türkei und Niederlande) Transaktionen mit Fremdmitteln von institutionellen Anlegern abgewickelt, während das 2014 sechs Länder waren. Die Rolle von Regierungen und öffentlichen internationalen Finanzinstituten bei der Förderung und Bezuschussung europäischer ÖPPs war in dieser Zeit wichtig.<sup>116</sup>

Ein Vergleich von ÖPP-Investitionsströmen mit den Investitionen in Infrastruktur insgesamt zeigt, dass der Anteil von ÖPPs relativ gering ist. ÖPPs selbst werden vorwiegend durch Darlehen (öffentlich und privat) finanziert. Während Anleihefinanzierung seit 2008 keine wichtige Rolle spielt, unterliegt der Anteil von Eigenkapital bedeutenden Schwankungen. Zwischen 2000 und 2011 lag der Anteil von EIB-Darlehen in der gesamten ÖPP-Finanzierung mit einigen Ausnahmen zwischen 10 und 15%.<sup>117</sup> Die Nutzung von EU-Zuschüssen aus den Strukturfonds zur Finanzierung von ÖPPs war in den letzten Jahren nicht sehr weit verbreitet, auch aufgrund von Schwierigkeiten, langfristige Projekte mit spezifischen Zuschussregeln zu kombinieren.<sup>118</sup>

<sup>113</sup> Europäische Kommission 2004: Grünbuch zu öffentlich-privaten Partnerschaften und den Gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für öffentliche Aufträge und Konzessionen. KOM/2004/0327 endg.

<sup>114</sup> Kappeler, A. & Nemoz, M. 2010: Public-Private Partnerships in Europe – before and during the recent financial crisis, [http://www.eib.org/epec/resources/efr\\_epec\\_ppp\\_report1.pdf](http://www.eib.org/epec/resources/efr_epec_ppp_report1.pdf)

<sup>115</sup> epec 2010: Market Update: Review of the European PPP Market in 2010

<sup>116</sup> epec: Market Update: Review of the European PPP Market in 2010 / 2015.

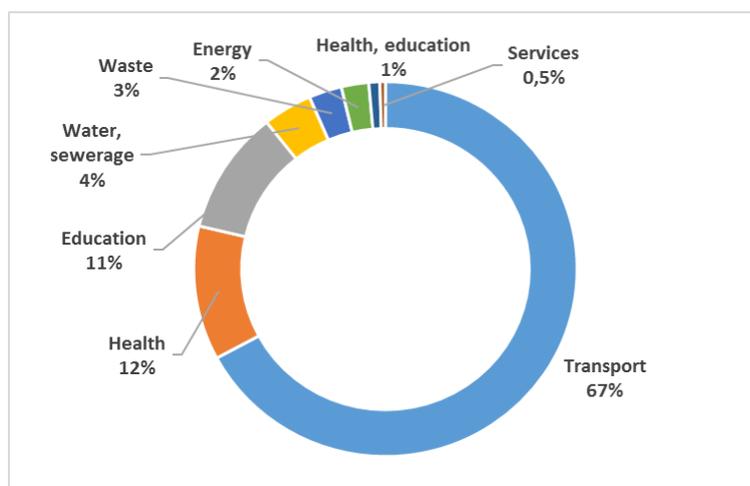
<sup>117</sup> Kappeler, A. 2012: PPPs and their Financing in Europe: Recent Trends and EIB Involvement, 20 September 2012, [http://www.eib.org/attachments/efs/econ\\_note\\_2012\\_ppp\\_and\\_financing\\_in\\_europe\\_en.pdf](http://www.eib.org/attachments/efs/econ_note_2012_ppp_and_financing_in_europe_en.pdf).

<sup>118</sup> Śmiechowicz, J. 2015: PPP and using EU funds in its financing in terms of crisis and budgetary restrictions.

### 3.10.2 Durch die EIB finanzierte öffentlich-private Partnerschaften

Zwischen 1990 und 2015 finanzierte die Europäische Investitionsbank insgesamt 216 ÖPPs, was eine Kreditzusage der EIB von 44,3 Milliarden Euro ausmacht. Während zwischen 1990 und 1997 nur Projekte im Verkehrssektor unterstützt wurden, wurden seit 1998 auch Bildungsprojekte finanziert.<sup>119</sup> Die folgende Abbildung bietet eine Übersicht des Anteils der in den verschiedenen Sektoren finanzierten Projekte:

**Abbildung 5:** Anteil von durch die EIB 1999-2015 finanzierten ÖPP-Projekten nach Sektor



Quelle: epec: Durch die Europäische Investitionsbank zwischen 1990 und 2015 finanzierte ÖPPs, April 2016

Der durchschnittliche Betrag der EIB-Unterstützung pro Projekt über alle Sektoren hinweg ist 205 Millionen Euro, während der Durchschnitt für Projekte im Bildungsbereich nur 89 Millionen Euro beträgt.

Die meisten ÖPP-Projekte, die seit 1998 durch die EIB unterstützt wurden, befinden sich im VK (siehe Tabelle A.5 im Anhang). Der Schwerpunkt liegt auf Sanierung und Modernisierung sowie auf dem Bau von Schulen.

<sup>119</sup> epec 2016: Durch die Europäische Investitionsbank zwischen 1990 und 2015 finanzierte ÖPPs, April 2016.

## 4 LEITUNG, KOORDINATION, TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG DER SOZIALPARTNER IM BEREICH DER ALLGEMEIN- UND BERUFSBILDUNGSPOLITIK

### 4.1 EU-weite Allgemein- und Berufsbildungspolitik – ein Überblick

Allgemeine und berufliche Bildung ist in vielerlei Hinsicht (Mobilität, Kultur und gemeinsame Bildungsorientierungen) eine der Säulen der europäischen Integration.<sup>120</sup> Obwohl die Rolle der EU im Bildungsbereich beschränkt ist, sind die EU-Kompetenzen im Hinblick auf die Berufsbildung stärker. Im Allgemeinen kann die EU sich nur einschalten, um das Vorgehen von EU-Ländern zu unterstützen, zu koordinieren oder zu ergänzen.<sup>121</sup>

Ein wichtiger Impuls für eine aktivere Rolle unionsweiter Politik und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen europäischen Regierungen waren der Bologna-Prozess zur höheren Bildung am Ende der 1990er Jahre sowie der Kopenhagen-Prozess<sup>122</sup> zur beruflichen Aus- und Weiterbildung. Unter dem Schutz der Lissabon-Strategie schuf das „Arbeitsprogramm für allgemeine und berufliche Bildung 2010“ (ET 2010) das erste Rahmenwerk für europäische Zusammenarbeit und führte die Offene Methode der Koordinierung (OMK) in diesem Bereich ein.<sup>123</sup> Diese Methode zielt darauf ab, europaweit Zusammenarbeit zu unterstützen, bewährte Praktiken zu fördern und Allgemein- und Berufsbildungssysteme zu modernisieren, wie das durch das Kommuniqué von Brügge 2010 und die Schlussfolgerungen von Riga 2015 betont wurde.<sup>124</sup>

Im Juni 2016 lancierte die Europäische Kommission ein umfassendes Maßnahmenpaket unter dem Titel der „New Skills Agenda“:<sup>125</sup> Die New Skills Agenda soll keine neuen Maßnahmen präsentieren, sondern ist ein „Umstrukturierungs-“ und Revisionsprozess bereits bestehender Maßnahmen und Initiativen im Bereich (Europäischer Qualifikationsrahmen, Digitale Kompetenzen, Kompetenzinitiativen der Branchen, Europass usw.) mit dem Ziel, die bessere Sichtbarkeit und bessere Nutzung verfügbarer Kompetenzen zu fördern und ein besseres Verständnis des Qualifikationsbedarfs und der Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

---

<sup>120</sup> Agostini C. & Capano G. 2013: Education policy: comparing EU developments and national policies, in Natali D. & Vanhercke B. (eds.) Social developments in the European Union, Brüssel, ETUI & European Social Observatory, 147-180.

<sup>121</sup> Weitere Informationen finden Sie in der Kurzdarstellung des Europäischen Parlaments zu diesem Thema: [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuid=FTU\\_5.13.3.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuid=FTU_5.13.3.html).

<sup>122</sup> Europäische Kommission 2002: Erklärung der europäischen Minister für berufliche Bildung und der Europäischen Kommission, verabschiedet am 29./30. November 2002 in Kopenhagen, über verstärkte europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung.

<sup>123</sup> Capano G. & Piattoni, S. 2011: From Bologna to Lisbon: the political uses of the Lisbon 'script' in European higher education policy, Journal of European Public Policy, 18, 584-606.

<sup>124</sup> Europäische Kommission 2010: Kommuniqué von Brügge zu einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung für den Zeitraum 2011-2020; Europäische Kommission (2015): Schlussfolgerungen von Riga 2015 über neue mittelfristige Zielvorgaben für die berufliche Bildung für den Zeitraum 2015-20.

<sup>125</sup> Siehe: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1223&langId=en>.

Die europäischen Sozialpartner stehen dem Mangel an dedizierten und zusätzlichen Finanzmitteln für die Umsetzung der Agenda, insbesondere für die Umsetzung der Kompetenzgarantie, jedoch kritisch gegenüber.

## **4.2 Beteiligung und Einfluss der Sozialpartner auf die Leitung und Umsetzung der Allgemein- und Berufsbildungspolitik der EU**

### **4.2.1 Europäische Allgemein- und Berufsbildungspolitik**

Wie schon erwähnt<sup>126</sup>, haben sich die Kernprioritäten von ET2020, der Koordinationsprozess<sup>127</sup> sowie die sechs Gruppen von Benchmarks<sup>128</sup> als bemerkenswert stabil erwiesen. Ein Grund dafür liegt vielleicht darin, dass sie durch alle beteiligten Parteien weitgehend akzeptiert werden und dass es ein Leitungssystem gibt, das Input der Sozialpartner ermöglichte, so z. B. in der Halbzeitüberprüfung von ET 2020, die 2014 stattfand. Sozialpartner und andere Interessenträger waren auf verschiedenen Ebenen, an Online-Befragungen, größeren Interessenträger-Foren (wie z. B. das dritte „European Education, Training and Youth Forum“ im Oktober 2014) beteiligt.

Auf einem informellen Treffen auf hoher Ebene im Oktober 2013<sup>129</sup> vereinbarten die damalige europäische Kommissarin, Vertreter der europäischen branchenübergreifenden und sektoralen Sozialpartner aus dem Bildungsbereich, zur Allgemein- und Berufsbildungspolitik der EU enger zusammenzuarbeiten. In Anerkennung der entscheidenden Rolle einer starken Beteiligung der Sozialpartner für den Fortschritt in der Umsetzung neuer Politiken auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung wurde eine verstärkte Zusammenarbeit vereinbart, die sich auf vier vorrangige Bereiche konzentrieren sollte, darunter der Bereich von Investitionen und Förderung:

---

<sup>126</sup> Agostini, Chiara/Natali, David 2015: The EU's ambivalent involvement in education and training policies, S. 161.

<sup>127</sup> Das ET 2020 basiert auf zwei wesentlichen Dokumenten. Jedes Jahr veröffentlicht die Kommission den Anzeiger für allgemeine und berufliche Bildung, der Informationen über Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten und die Leistung im Vergleich zu den ET 2020 Benchmarks bietet. Alle drei Jahre veröffentlicht die Kommission und der Rat den Gemeinsamen Bericht über allgemeine und berufliche Bildung, um den vergangenen 3-Jahres-Zyklus zu beurteilen und den Nächsten vorzubereiten. Siehe: [http://ec.europa.eu/education/tools/et-monitor\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/tools/et-monitor_en.htm)

<sup>128</sup> Diese sind: (1) Mindestens 95% der Kinder (im Alter zwischen vier Jahren und dem Schulpflichtalter) sollen an frühkindlichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen. (2) Der Anteil der 15-Jährigen mit unzureichenden Kenntnissen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften soll unter 15% liegen. (3) Der Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger im Alter zwischen 18 und 24 Jahren soll unter 10% sinken. (4) Mindestens 40% der 30- bis 34-Jährigen sollen über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss verfügen; mindestens 15% der Erwachsenen sollen am lebenslangen Lernen teilnehmen. (5) Mindestens 20% der Hochschulabsolventen und 6% der 18- bis 34-Jährigen mit einer beruflichen Erstqualifizierung sollen einen Auslandsaufenthalt zu Studien- oder Ausbildungszwecken absolviert haben. (6) Der Anteil der Absolventen in einem Beschäftigungsverhältnis (20- bis 34-Jährige mit mindestens einem Abschluss der Sekundarstufe II, die ihre Ausbildung vor ein bis drei Jahren abgeschlossen haben), soll mindestens 82% betragen. Siehe: Europäische Kommission (2016): Strategischer Rahmen – allgemeine und berufliche Bildung 2020. [http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/index_de.htm)

<sup>129</sup> Europäische Kommission 2013: Treffen auf hoher Ebene zu allgemeiner und beruflicher Bildung zwischen der europäischen Kommissarin Androulla Vassiliou und den Leitern der europäischen Sozialpartner. Brüssel, 16. Oktober 2013

- ▶ Qualität der Bildung: Ausbau der Basiskompetenzen in Primär- und Sekundärbildung, und Erreichen von Exzellenz in höherer Bildung, darunter die MINT-Kompetenzen;
- ▶ Entwicklung von Lehrplänen, E-Kompetenzen, arbeitsbasiertes Lernen, Übergänge Schule-Arbeit;
- ▶ Lebenslanges Lernen, Erwachsenenbildung und Lernen am Arbeitsplatz, einschließlich Kostenteilung;
- ▶ Investitionen in und Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung im Rahmen nationaler Reformen.

In Bezug auf die Umsetzung und Überwachung von ET2020 sind die Sozialpartner in die ET2020-Arbeitsgruppen einbezogen, die als Expertengremien unter der Offenen Methode der Koordinierung eingerichtet wurden.<sup>130</sup>

#### 4.2.2 ESI-Fonds / ESF

Wie bereits in Kapitel 3 beschrieben, zeigten sich die europäischen Sozialpartner zufrieden darüber, dass der Grundsatz der Partnerschaft deutlich in die Verwaltung der Strukturfonds aufgenommen und durch die Annahme des Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften<sup>131</sup> verstärkt wurde, der die Beteiligung von lokalen Behörden, Sozialpartnern und anderen Interessenträgern in allen Phasen von Programmierung, Umsetzung und Überwachung von Strukturfonds lenkt. Der Grundsatz der Partnerschaft deckt jedoch nicht alle Fonds außerhalb der Verordnung für den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ab. Überdies wird der Verhaltenskodex für Partnerschaften nicht in allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen umgesetzt und eingehalten, wie der EGB betonte.

In Bezug auf die Leitung auf EU-Ebene sind nur sektorübergreifende Sozialpartner, und nur in Verbindung mit dem ESF, auf Grundlage eines Beobachterstatus eingebunden. Der ESF-Ausschuss ist ein dreigliedriger Ausschuss, der durch den Europäischen Vertrag eingerichtet wurde, und ermöglicht die Verwaltung des ESF durch Mitgliedsstaaten. Der Ausschuss besteht aus 3 Vertretern aus jedem Mitgliedsstaat, die die Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber repräsentieren. Auch die europaweit agierenden sektorübergreifenden Sozialpartner (EGB, BUSINESSEUROPE, UEAPME und CEEP) sind im Ausschuss vertreten. Die Kommission führt den Vorsitz jeder Sitzung des Ausschusses, und dieses Forum bietet den Sozialpartnern eine Möglichkeit, Themen zur Programmgestaltung, Umsetzung und Überwachung des ESF in den Mitgliedsstaaten zu besprechen.

Laut Artikel 24 der ESF-Verordnung<sup>132</sup>, wird der ESF-Ausschuss

- ▶ (a) zum Entwurf von Beschlüssen der Kommission betreffend die operationellen Programme und zur Programmplanung im Fall der Unterstützung durch den ESF gehört;

<sup>130</sup> [http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/expert-groups-2014-2015\\_en](http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/expert-groups-2014-2015_en)

<sup>131</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0240&from=DE>,

<sup>132</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R1304&from=DE>

- ▶ (b) zum geplanten Einsatz technischer Hilfe im Fall der Unterstützung durch den ESF gehört, und auch zu anderen Fragen, die Auswirkungen auf die Durchführung von Strategien auf Unionsebene haben und die für den ESF relevant sind;
- ▶ (c) die Liste gemeinsamer Themen für die transnationale Zusammenarbeit gemäß Artikel 10 Absatz 3 billigen<sup>133</sup>.

Ferner kann der Ausschuss Stellungnahmen zu Fragen abgeben, die mit dem Beitrag des ESF zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 verbunden sind. Die Stellungnahmen des ESF-Ausschusses werden mit absoluter Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen angenommen und werden dem Europäischen Parlament zur Information mitgeteilt. Die Kommission wird den ESF-Ausschuss darüber informieren, wie sie seine Stellungnahmen berücksichtigt hat.

#### 4.2.3 Leitung und Entscheidungsfindung im Kontext der Investitionsoffensive für Europa

Nach der EFSI-Verordnung<sup>134</sup> sollte der EFSI mit einer „angemessenen Leitungsstruktur“ ausgestattet werden, die sich aus einem Lenkungsrat, einem geschäftsführenden Direktor und einem „Investitionsausschuss“ zusammensetzen sollte.

##### Leitung des EFSI

Nach der EFSI-Verordnung ruht die Leitung des EFSI bei den folgenden wichtigen Gremien:

**EFSI-Lenkungsrat:** Seine Hauptaufgabe ist die strategische Ausrichtung des EFSI und die Vorschriften, die für sein Funktionieren notwendig sind. Der Lenkungsrat überwacht auch die Verwirklichung der Ziele des EFSI und überwacht, dass die Mitglieder des Investitionsausschusses ihren Pflichten nach dieser Verordnung nachkommen. Nach der EFSI-Verordnung (Art. 7.3) hört der Lenkungsrat regelmäßig relevante Interessenträger — insbesondere Ko-Investoren, öffentliche Stellen, Experten, Allgemeinbildungs-, Berufsbildungs- und Forschungseinrichtungen, einschlägige Sozialpartner und Vertreter der Zivilgesellschaft — zur Ausrichtung und Umsetzung der durch die EIB verfolgten Anlagepolitik nach dieser Verordnung an. Der EFSI-Lenkungsrat besteht aus drei Vertretern der Europäischen Kommission und einem von der EIB, wie das in der Verordnung vorgegeben ist. Zurzeit wird der Lenkungsrat durch die GD Energie geleitet, wobei weitere Vertreter aus der GD Wettbewerb und der GD Wirtschaft und Finanzen sowie der EIB kommen.

**Geschäftsführender Direktor des EFSI:** Zuständig für das Tagesgeschäft des EFSI. Ist auch Mitglied des Investitionsausschusses.

**EFSI-Investitionsausschuss:** Besteht aus Experten und fasst „Beschlüsse über den Einsatz der EU-Garantie für potenzielle Vorhaben und für die Geschäfte mit nationalen Förderbanken oder -instituten oder Investitionsplattformen transparent und unabhängig“. Der Investitionsausschuss sollte sich aus acht unabhängigen Experten zusammensetzen, die über "breite Sachkenntnis verfügen, wie sie in dieser Verordnung vorgesehen ist", sowie dem geschäftsführenden Direktor. Der Investitionsausschuss sollte gegenüber dem Lenkungsrat, der die Verwirklichung der Ziele des EFSI überwachen sollte, rechenschaftspflichtig sein und der Lenkungsrat sollte kontinuierlich überwachen, dass die Mitglieder des Investitionsausschusses ihren Pflichten nach dieser Verordnung nachkommen.

<sup>133</sup> "Die Mitgliedstaaten können in Partnerschaft mit den relevanten Partnern Themen für die transnationale Zusammenarbeit aus einer von der Kommission vorgeschlagenen und von dem in Artikel 25 genannten Ausschuss gebilligten Liste gemeinsamer Themen oder andere ihren spezifischen Bedürfnissen entsprechende Themen auswählen."

<sup>134</sup> [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.L\\_.2015.169.01.0001.01.DEU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.L_.2015.169.01.0001.01.DEU).

Abgesehen von der Beteiligung am „Dialog mit Interessenträgern“, wie verlangt durch die EFSI-Verordnung, sind Sozialpartner nicht in die Leitung des EFSI eingebunden. Diese fehlende Beteiligung könnte kritisch sein im Hinblick auf die in der Verordnung festgelegte Möglichkeit, wonach EU-Mitgliedsstaaten den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds nutzen können, um zur Finanzierung teilnahmeberechtigter Vorhaben beizutragen, die durch den EFSI unterstützt werden. Die Kommission sollte in der Lage sein, Führung zu bieten, um dafür zu sorgen, dass die kombinierte Nutzung von Unionsinstrumenten mit EIB-Finanzierung unter der EU-Garantie ein angemessenes Niveau von Komplementarität und Synergie ergibt.

## 5 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Studie behandelt zwei wichtige Themen: das Thema von Investitionen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung im Allgemeinen, und die Nutzung und Leitung von EU-Fonds.

Das Thema von Investitionen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung hat in den vergangenen Jahren auf EU-Ebene an Aufmerksamkeit gewonnen. Dies wird durch die Tatsache untermauert, dass der Ruf nach Reformen zur Steigerung deren Effizienz und Qualität immer lauter zu hören ist. Dies ist auch im Kontext des Europäischen Semesters und der länderspezifischen Empfehlungen der Fall. Die zunehmende Bedeutung von Bildung und insbesondere Berufsbildung und Kompetenzen als ein Rezept gegen diverse Herausforderungen des Arbeitsmarktes wurden durch verschiedene politische Ansätze deutlich illustriert. Überdies verweisen der Juncker-Plan und die Initiative zur Verstärkung von Investitionen durch Einführung eines neuen Finanzinstruments auf den Investitionsbedarf auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung und Investitionslücken und -engpässe. Obwohl dem EFSI bisher kein einziger Projektantrag aus dem Bildungsbereich vorgeschlagen wurde, scheint die Kommission mehr als bereit, neue Kanäle von Förderung und Investition nicht nur in materielle, sondern auch in immaterielle Bildungsaktiva erkunden zu wollen.

Angesichts der Krise der öffentlichen Finanzen, der Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung auf nationaler Ebene wird die Rolle von EU-Politik und Investitionen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung immer wichtiger. Die EU spielt eine wichtige Rolle in der Finanzierung von allgemeiner und beruflicher Bildung.

Neue Bereiche, in die investiert werden muss, entstehen auch im Lichte neuer Herausforderungen, und zwar Jugendarbeitslosigkeit, Digitalisierung, Globalisierung, Mobilität. Diese Studie zeigt, dass die EU-Fonds auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung immer mehr nachhaltige Unterstützung bieten und für die Nutzung durch die Sozialpartner zugänglicher werden müssen. EU-Mittel sind wesentliche Beiträge zu Allgemein- und Berufsbildungssystemen und könnten für breitere gesellschaftliche und geografische Bedürfnisse stärker verfügbar sein.

Unsere Studie hat – so wie viele Studien davor, darunter einige Analysen im Kontext der Überwachung des ET2020-Prozesses durch die Europäische Kommission selbst – sinkende Investitionen in nationale öffentliche Allgemein- und Berufsbildungssysteme seit etwa 2010 als direkte Folge der Haushaltskonsolidierungsprozesse bestätigt. Allgemeine und berufliche Bildung ist mit einem Investitionsrückstand und einer Investitionslücke (aufgrund von geografischen Unterschieden und Unterschieden zwischen Allgemein-/Berufsbildungstypen) sowie durch das Aufkommen neuer Bedürfnisse und zukünftiger Herausforderungen (Verschiebungen der Nachfrage innerhalb der Länder, Auswirkungen des demografischen Wandels und der Migration, Digitalisierung usw.) konfrontiert.

10% der Ausgaben/Investitionen gehen in Bildungsinfrastruktur, während eine sichere und gesunde Schulumgebung die Grundvoraussetzung für eine qualitativ hochwertige Bildung ist. Unsere Studie zeigt, dass Darlehen von der EIB, öffentlich-private Partnerschaften und neue Finanzinstrumente, wie Social Impact Fonds/Bonds als Instrumente bisher nicht adäquat zu sein scheinen, um die Unterinvestition auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung auszugleichen. Im europäischen Sozialmodell ist allgemeine und berufliche Bildung ein Grundrecht und sollte allen kostenlos zur Verfügung stehen. Investitionen in das Allgemein- und Berufsbildungssystem sind daher eine öffentliche Verantwortung, die stark von öffentlichen Investitionen als wichtigste Finanzierungsquelle abhängt.

Das bedeutet, dass private Mittel nicht ausreichen, um Investitionslücken im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung zu schließen, und dass die Mobilisierung privater Mittel immer sorgfältig überdacht werden muss. Daher ist es nicht überraschend, dass die bisherigen Erfahrungen mit EFSI-Ausgaben für Bildungsprojekte nicht wirklich relevant sind. Unsere Analyse bestätigt, dass die Logik des EFSI-Instruments – und zwar die Ausrichtung auf Investitionen, die ein höheres Risikoprofil haben, als normale Vorhaben, die durch die EIB unterstützt werden, und das Prinzip der Additivität (d. h. das Vorhaben würde keine Finanzierung aus anderen Quellen erhalten) – nicht zur Natur von Investitionen in nationale öffentliche allgemeine und berufliche Bildung passt (extrem langfristig, weniger riskant, oft kleinere Vorhaben usw.).

Vor dem Hintergrund sinkender nationaler und regionaler Investitionen aufgrund der Krise hat der Europäische Struktur- und Investitionsfonds jedoch an Bedeutung für die Kofinanzierung öffentlicher Investitionen gewonnen. Und hier, im Kontext des Europäischen Fonds für strategische Investitionen und des Stabilitäts- und Wachstumspakts, drängt die Europäische Kommission Mitgliedsstaaten darauf, neue Formen der Finanzierung zu untersuchen und den Beitrag des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu „maximieren“.

Es gibt nämlich immer mehr Erfahrung mit ÖPP, insbesondere im Bereich der Modernisierung bestehender Infrastruktur oder neuer Infrastrukturprojekte (insbesondere in der Tertiärbildung und Forschung). Die Analyse der EIB-Darlehen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung zeigt, dass neue Finanzinstrumente und Projektförderung, die private Investitionen in den Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung bringt, extrem komplex sind und eine gründliche Analyse der Rahmenbedingungen auf nationaler, lokaler und sektoraler Ebene erfordern. Die Erfahrung ist nämlich sehr begrenzt, vorwiegend beschränkt auf Investitionen in Infrastruktur und stark konzentriert im VK. Vor diesem Hintergrund sollte jede Diskussion über die Erkundung neuer Finanzinstrumente auf einer breit gefassten Beteiligung der Interessenträger auf verschiedenen Ebenen basieren, die Erfahrungen mit Resultaten aus der Vergangenheit (z. B. mit ÖPP) einbringen.

In Bezug auf die Leitung und die Beteiligung der Sozialpartner an der Allgemein- und Berufsbildungspolitik auf EU-Ebene war der Beitrag der Sozialpartner zur Entwicklung

einer europäischen Allgemein- und Berufsbildungspolitik immer stark und spielen Sozialpartner eine wichtige Rolle in der Beeinflussung der Politiken und Strategien der EU. In einigen Entscheidungsgremien zu EU-Mitteln – beispielsweise in der Leitung des ESI-Fonds und insbesondere des ESF – spielen die Sozialpartner eine starke Rolle und sind sie auf Grundlage des Grundsatzes der Partnerschaft, der kürzlich gestärkt wurde und auch Aufgaben in der Überwachung und Finanzierung von Programmen und Mitteln betrifft, direkt beteiligt.<sup>135</sup>

Diese Studie zeigt aber auch, dass die Rolle der Sozialpartner in der Leitung über diverse EU-Fonds und die Nutzung dieser Fonds nicht stark genug ist oder im Kontext von Veränderungen im Leitungssystem (z. B. Erasmus+) oder neuer Initiativen (z. B. Kompetenzallianzen der Branchen) geschwächt wurde.

Zugleich haben Gesprächspartner von der Europäischen Kommission und Vertreter von Finanzinstituten, die an Investitionen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung arbeiten, erklärt, dass die Erfahrung und die Kenntnisse der Sozialpartner in diesem besonderen Bereich sehr geschätzt werden und dass der Austausch über Herausforderungen und mögliche Lösungen im Bereich der Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung – allgemein und über die EU-Fonds – in der Zukunft verstärkt werden sollte.

---

<sup>135</sup> Wie das in der Praxis auf nationaler Ebene funktioniert, wird im Mittelpunkt der zweiten Phase dieser Studie stehen, die die Situation in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten analysieren wird.

## ANHANG

### Datentabellen

**A.1: Regierungsausgaben für Bildung als Prozentsatz des BIP im Jahresvergleich**

Land	Jahr					Jahresvergleich				Veränderung gesamt
	2010	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
<b>EU-28</b>	5,3	5,1	5,0	5,0	4,9	-0,2	-0,1	0,0	-0,1	<b>-0,4</b>
Österreich	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	<b>-0,1</b>
Belgien	6,0	6,1	6,3	6,4	6,3	0,1	0,2	0,1	-0,1	<b>0,3</b>
Bulgarien	3,6	3,4	3,4	3,7	4,1	-0,2	0,0	0,3	0,4	<b>0,5</b>
Zypern	6,8	6,6	6,1	6,5	5,8	-0,2	-0,5	0,4	-0,7	<b>-1,0</b>
Tschech. Rep.	5,1	5,1	5,1	5,1	5,2	0,0	0,0	0,0	0,1	<b>0,1</b>
Deutschland	4,4	4,3	4,3	4,3	4,3	-0,1	0,0	0,0	0,0	<b>-0,1</b>
Dänemark	7,2	6,9	7,0	7,0	7,2	-0,3	0,1	0,0	0,2	<b>0,0</b>
Estland	6,6	6,2	6,2	5,9	5,6	-0,4	0,0	-0,3	-0,3	<b>-1,0</b>
Griechenland	4,1	4,4	4,5	4,6	4,4	0,3	0,1	0,1	-0,2	<b>0,3</b>
Spanien	4,5	4,4	4,2	4,1	4,1	-0,1	-0,2	-0,1	0,0	<b>-0,4</b>
Finnland	6,6	6,5	6,4	6,4	6,4	-0,1	-0,1	0,0	0,0	<b>-0,2</b>
Frankreich	5,6	5,5	5,5	5,5	5,5	-0,1	0,0	0,0	0,0	<b>-0,1</b>
Kroatien	5,1	4,9	4,9	5,1	4,7	-0,2	0,0	0,2	-0,4	<b>-0,4</b>
Ungarn	5,5	5,1	4,7	4,6	5,2	-0,4	-0,4	-0,1	0,6	<b>-0,3</b>
Irland	5,0	5,0	4,8	4,5	4,3	0,0	-0,2	-0,3	-0,2	<b>-0,7</b>
Italien	4,4	4,1	4,1	4,1	4,1	-0,3	0,0	0,0	0,0	<b>-0,3</b>
Litauen	6,4	6,1	5,8	5,6	5,4	-0,3	-0,3	-0,2	-0,2	<b>-1,0</b>
Luxemburg	5,2	5,4	5,6	5,2	5,2	0,2	0,2	-0,4	0,0	<b>0,0</b>
Lettland	6,2	5,9	5,7	5,7	5,9	-0,3	-0,2	0,0	0,2	<b>-0,3</b>
Malta	5,6	5,7	5,7	5,8	5,8	0,1	0,0	0,1	0,0	<b>0,2</b>
Niederlande	5,6	5,5	5,5	5,4	5,4	-0,1	0,0	-0,1	0,0	<b>-0,2</b>
Polen	5,5	5,4	5,4	5,3	5,3	-0,1	0,0	-0,1	0,0	<b>-0,2</b>
Portugal	7,6	7,3	6,2	6,2	6,2	-0,3	-1,1	0,0	0,0	<b>-1,4</b>
Rumänien	3,3	4,1	3,0	2,8	3,0	0,8	-1,1	-0,2	0,2	<b>-0,3</b>
Schweden	6,5	6,5	6,5	6,6	6,6	0,0	0,0	0,1	0,0	<b>0,1</b>
Slowenien	6,5	6,4	6,5	6,5	5,9	-0,1	0,1	0,0	-0,6	<b>-0,6</b>
Slowakei	4,2	4,1	4,1	4,0	4,1	-0,1	0,0	-0,1	0,1	<b>-0,1</b>
Vereinigtes Königreich	6,6	6,0	5,7	5,3	5,2	-0,6	-0,3	-0,4	-0,1	<b>-1,4</b>

Quelle: Eurostat, abgerufen Oktober 2016

## A.2: Kosten für berufliche Weiterbildungskurse je Arbeitnehmer in Kaufkraftstandards (KKS). Alle Unternehmen.<sup>136</sup>

Land	2005	2010	Veränderung
EU-28	454	511	12,56%
Österreich	525	637	21,33%
Belgien	681	1.084	59,18%
Bulgarien	79	92	16,46%
Kroatien	:	244	n. zutr.
Zypern	325	677	108,31%
Tschechische Republik	332	240	-27,71%
Dänemark	1.011	663	-34,42%
Estland	213	198	-7,04%
Finnland	448	464	3,57%
Frankreich	842	935	11,05%
Deutschland	487	592	21,56%
Griechenland	142	212	49,30%
Ungarn	304	332	9,21%
Irland	683	:	n. zutr.
Italien	420	442	5,24%
Lettland	66	96	45,45%
Litauen	118	115	-2,54%
Luxemburg	798	774	-3,01%
Malta	408	472	15,69%
Niederlande	677	830	22,60%
Polen	191	200	4,71%
Portugal	238	475	99,58%
Rumänien	102	178	74,51%
Slowakei	259	367	41,70%
Slowenien	534	526	-1,50%
Spanien	370	515	39,19%
Schweden	763	697	-8,65%
Vereinigtes Königreich	345	266	-22,90%

Quelle: Eurostat, Kosten für Weiterbildungskurse je Beschäftigten (alle Unternehmen) nach Kostenart und Größenklasse [trng\_cvts62]. Abgerufen Oktober 2016.

<sup>136</sup> Laut Eurostat, Continuing vocational training in enterprises (trng\_cvts), Reference Metadata in Euro SDMX Metadata Structure (ESMS) sind **berufliche Weiterbildung** Schulungsmaßnahmen oder -aktivitäten, deren vorrangiges Ziel im Erwerb neuer Kompetenzen oder in der Weiterentwicklung und Verbesserung Vorhandener besteht und die zumindest teilweise durch die Unternehmen für ihre Arbeitnehmer finanziert werden, die entweder einen Arbeitsvertrag haben oder die direkt von ihrer Arbeit für das Unternehmen profitieren, wie unbezahlte Familienarbeitskräfte und Gelegenheitsarbeitskräfte. Beschäftigte mit einem Lehr- oder Berufsbildungsplatz sollten bei der beruflichen Weiterbildung nicht berücksichtigt werden. Die Schulungsmaßnahmen oder -aktivitäten müssen vorab geplant werden und müssen mit dem spezifischen Ziel des Lernens organisiert oder unterstützt werden. Zufälliges Lernen und Berufsgrundausbildung sind ausdrücklich ausgeschlossen. Maßnahmen und Aktivitäten im Rahmen der beruflichen Weiterbildung umfassen Schulungen und andere Formen der Weiterbildung (siehe: [http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/en/trng\\_cvts\\_esms.htm](http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/en/trng_cvts_esms.htm))

### A.3: Herausforderungen an Investitionen aus der Sicht der EU-Kommission

Land	Spezifische Herausforderungen von allgemeiner und beruflicher Bildung	Empfehlungen zu allgemeiner und beruflicher Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters 2015
<b>Österreich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- im Ausland geborene Schüler haben ein dreimal höheres Risiko, die Schule vorzeitig zu verlassen, als im Inland geborene Schüler</li> <li>- Bildungsleistung bleibt stark vom sozioökonomischen Status der Eltern abhängig</li> <li>- höhere Bildung weist Mangel an konsistenter strategischer Ausrichtung auf und ist unterfinanziert; Anzahl der Studienabbrecher bleibt hoch</li> <li>- Mangel an Absolventen von mathematischen, naturwissenschaftlichen und technologischen Richtungen zeichnet sich ab</li> </ul>	X
<b>Belgien*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- hohes Bildungsungleichgewicht steht in Zusammenhang mit sozioökonomischem und Migrationshintergrund</li> <li>- breite Leistungskluft zwischen Schulen</li> <li>- ausgesprochene Unterschiede bei Grundkompetenzen und Schulabbrecherraten zwischen Gemeinschaften und Regionen</li> <li>- akademische Leistung der Berufsschüler ist schwach</li> <li>- den am stärksten benachteiligten Schulen fehlt es an erfahrenem Lehrpersonal und Schulleitern</li> <li>- Kapazitäts- und Qualitätsprobleme in der Bildungsinfrastruktur</li> <li>- Übergang von Schule zur Arbeit ist sehr schwierig für junge Menschen mit Bildungsqualifikationen der Sekundarstufe I</li> <li>- Umsetzung der Reformen wird enorme Anstrengungen vieler Akteure erfordern</li> </ul>	---
<b>Bulgarien*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bedarf an der Steigerung der allgemeinen Qualität und Effizienz des Bildungssystems und der Fähigkeit der höheren Bildung, die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu befriedigen</li> <li>- Schulbildungsgesetz (Rahmenwerk für umfassende Reformen, Modernisierung von Lehrplänen, verbesserte Lehrerbildung) noch immer nicht angenommen</li> <li>- Zugang zur Bildung für benachteiligte Kinder, insbesondere Roma</li> <li>- Qualität der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist unzureichend, auch deren Integration ins allgemeine Bildungssystem</li> <li>- Anteil Erwachsener, die am lebenslangen Lernen teilnehmen, ist der Geringste in der EU</li> </ul>	X
<b>Kroatien*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserung der Bildungsleistung in Mathematik in Grund- und Sekundarschulen</li> <li>- Modernisierung der Lehrpläne der beruflichen Erstausbildung in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes</li> <li>- besserer Zugang zu höherer Bildung und Senkung der Anzahl der Studienabbrecher</li> <li>- geringe Teilnahme an frühkindlicher Bildung und Pflege</li> <li>- unterreguliertes und unterfinanziertes Erwachsenenbildungssystem</li> </ul>	----
<b>Zypern*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- mangelnde Effizienz der öffentlichen Ausgaben und relativ geringe Qualität der Bildungsergebnisse</li> <li>- Beschäftigungsfähigkeit junger Absolventen gehört zu den Schwächsten in der EU; unbefriedigende Leistung in Basiskompetenzen bei Schülern und jungen Erwachsenen</li> <li>- eine der geringsten Teilnehmeraten an beruflicher Aus- und Weiterbildung in der EU, aber jüngste Reformen und neue Initiativen in diesem Bereich umfassen auch einen schrittweisen Ausbau des Berufsbildungsangebotes</li> </ul>	(Haushaltskonsolidierungsprogramm)
<b>Tschechische Republik*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abbau der Ungleichgewichte, die sozial benachteiligte Schüler und insbesondere Roma betreffen</li> <li>- 2015 angenommene Gesetzesänderungen werden angemessen finanziert werden müssen, enge Kommunikation mit Interessenträgern und strenge Überwachung der Auswirkungen der Maßnahmen</li> <li>- Lehrergehälter sind im Vergleich zu anderen Ländern zu niedrig, das Ansehen des Berufs ist gering und die Lehrkräfte werden älter</li> <li>- Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage muss eingeschränkt werden, insbesondere für Absolventen aus dem Sektor der beruflichen Aus- und Weiterbildung sind Maßnahmen notwendig, um Qualität und Relevanz für den Arbeitsmarkt zu sichern</li> </ul>	X
<b>Dänemark*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Senkung des hohen Anteils schwacher schulischer Leistungen in den Basiskompetenzen bei Schülern mit Migrationshintergrund</li> <li>- Senkung der Anzahl der jungen Menschen, die eine berufliche Aus- oder Weiterbildung vorzeitig</li> </ul>	---

Land	Spezifische Herausforderungen von allgemeiner und beruflicher Bildung	Empfehlungen zu allgemeiner und beruflicher Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters 2015
	abbrechen - Die Reformen der 2014 eingeleiteten Allgemein- und Berufsausbildungssektoren bieten einen Weg zur Bewältigung dieser Probleme	
<b>Estland*</b>	- gewisse strukturelle Herausforderungen an die Effektivität und Effizienz des Bildungssystems - Anpassung des estländischen Bildungssystems an die schnell sinkende Bevölkerungszahl und die zukünftigen Anforderungen eines technologieintensiven Arbeitsmarktes - Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung und Angebot an Ausbildungsplätzen bleiben problematisch (dazu wird ein Programm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen geplant) - stärkere Verbindungen mit der Geschäftswelt im Wissensdreieck sind notwendig - Geschlechtergefälle in der Bildung, insbesondere für Jungen	X
<b>Finnland</b>	- Niveau der Basiskompetenzen bleibt hoch, trotz etwas weniger positiver Resultate in jüngsten internationalen Erhebungen - neue Herausforderungen entstehen, insbesondere für junge Migranten und im Lichte eines jüngst entstandenen Trends zur Differenzierung zwischen Schulen in dicht bewohnten städtischen Gebieten - Gesamtzahl an Einstellungen an Ausbildungsplätzen bleibt vergleichbar gering	---
<b>Frankreich*</b>	- Ergebnisse sind verglichen mit anderen Ländern durchschnittlich und Bildungsungleichgewichte in Verbindung mit sozioökonomischem Status werden immer stärker - signifikante regionale Ungleichgewichte bei Schulabbrechern, insbesondere bei jungen Menschen mit einem Migrationshintergrund - nach wie vor nicht genug Ausbildungsplätze für die am wenigsten qualifizierten Menschen - Niveau der Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz bei Erwachsenen gehört zu den Niedrigsten in der EU für jene mit geringen Qualifikationen und für ältere Altersgruppen	---
<b>Deutschland</b>	- Mangel an hoch qualifizierten Menschen in bestimmten Sektoren und Regionen, teilweise aufgrund negativer demografischer Tendenzen - weitere Verbesserung der Bildungsergebnisse und Lockerung der starken Verbindung zwischen Bildungserfolg und sozioökonomischem Status - mehr und bessere FBBE, Steigerung der Anzahl und der Qualität der Plätze in Ganztagschulen - Förderung des Zugangs zu beruflicher Bildung für Menschen mit geringen Kompetenzen - Aufnahme der hohen Anzahl jüngst angekommener Migranten ins Bildungssystem und Vorbereitung ihres Einstiegs in den Arbeitsmarkt	X
<b>Griechenland*</b>	- Trotz umfassender Reformen nach wie vor Bedarf an einer Steigerung von Effizienz und Effektivität auf so gut wie allen Bildungsniveaus - Allgemein- und Berufsbildungssystem braucht weitere Modernisierung in Bezug auf seine Leistung und Funktionsweise, insbesondere im Hinblick auf das Angebot von Grundkompetenzen, und seine Fähigkeit, einen erfolgreichen Einstieg junger Menschen in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten	<b>(Haushaltskonsolidierungsprogramm)</b>
<b>Ungarn*</b>	- Anteil von schwachem Erfolg in Basiskompetenzen steigt und die sozioökonomische Kluft bei der Leistung gehört nach wie vor zu den Breitesten in der EU - Steigerung der Teilnahme von benachteiligten Schülern, insbesondere Roma, an normalem integrativem Unterricht - bessere Unterstützung durch gezielte Lehrerbildung - dreijähriges Berufsbildungsprogramm ist nicht attraktiv für junge Menschen und bietet keine flexiblen Karrieremöglichkeiten - Anzahl der Schulabbrecher in Berufsschulen ist signifikant; zu viele Studierende brechen höhere Bildung ab - Teilnahme Erwachsener am lebenslangen Lernen bleibt gering	X
<b>Irland*</b>	- agiert in einem sehr schwierigen Haushaltskontext und bei sinkenden Ausgaben der öffentlichen Hand für Bildung - Zugang zu Vollzeit-Kinderbetreuung bleibt beschränkt und teuer	---
<b>Italien*</b>	- Anzahl der Schulabbrecher bleibt weit über dem EU-Durchschnitt - ausgesprochene regionale Unterschiede bei Basiskompetenzen - Abschlussrate in Tertiärbildung für junge Menschen ist am niedrigsten in der EU - viele Studierende brechen ihre Tertiärbildung ab - arbeitsbasiertes Lernen ist nicht stark genug entwickelt - Einstieg in den Arbeitsmarkt ist für junge Menschen schwierig, auch wenn sie hoch qualifiziert sind	X

Land	Spezifische Herausforderungen von allgemeiner und beruflicher Bildung	Empfehlungen zu allgemeiner und beruflicher Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters 2015
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Staatsausgaben für Bildung als Anteil des BIP gehören zu den Niedrigsten in der EU, insbesondere auf Tertiärebene</li> </ul>	
<b>Lettland*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- weitere Steigerung der Qualität der beruflichen Aus- und Weiterbildung und höheren Bildung</li> <li>- öffentliche Finanzierung für höhere Bildung hat bisher keine leistungsorientierte Komponente</li> <li>- Geschlechtergefälle in der Bildung ist eine allgemeine Herausforderung, wobei Frauen sowohl bei Qualifikationen als auch bei Beherrschung der Basiskompetenzen signifikant und anhaltend besser abschneiden als Männer</li> </ul>	<b>X</b>
<b>Litauen*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kompetenzen, die in der Sekundar- und Tertiärbildung erworben wurden, entsprechen oft nicht den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes</li> <li>- schwache schulische Leistungen in Lesen und Mathematik weit verbreitet</li> <li>- Teilnahme an Berufserstausbildung und beruflicher Weiterbildung relativ gering</li> <li>- Nur ein geringer Prozentsatz der Erwachsenen nehmen am lebenslangen Lernen teil</li> <li>- Lehrkräfte werden älter und es ist schwierig, junge Menschen für den Beruf zu gewinnen</li> </ul>	<b>X</b>
<b>Luxemburg*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- sozioökonomischer Status spielt eine signifikante Rolle bei der Beeinflussung der Bildungsergebnisse, insbesondere bei Schülern mit Migrationshintergrund</li> <li>- Anteil der Schulabbrecher ist in Bevölkerung mit Migrationshintergrund relativ hoch</li> <li>- trotz hoher Ausgaben für Primär- und Sekundarbildung zeigen PISA-Ergebnisse für 15-Jährige eine Leistung etwas unter dem OECD-Durchschnitt</li> </ul>	
<b>Malta*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- trotz jüngster Fortschritte bleibt die Anzahl der Schulabbrecher hoch</li> <li>- Beherrschung der Basiskompetenzen bleibt im internationalen Vergleich schwach</li> <li>- Angebot von Kompetenzen aus dem beruflichen Aus- und Weiterbildungssystem hat sich noch nicht an die Anforderungen des Arbeitsmarktes angepasst</li> </ul>	<b>X</b>
<b>Niederlande</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsleistung ist im internationalen Vergleich gut, hat sich in den letzten Jahren aber nicht verbessert</li> <li>- Verbesserung der Rechenkompetenz in Primär-, Sekundar- und Berufsschulen</li> <li>- Lösung für älter werdende Lehrkräfte</li> <li>- Mangel an hoch qualifizierten Lehrkräften, insbesondere für Sprachunterricht, Mathematik und naturwissenschaftliche Fächer und für den Unterricht von Schülern mit besonderen Bedürfnissen</li> </ul>	---
<b>Polen*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zugang zu frühkindlicher Bildung und Pflege, Unterricht in Querschnittskompetenzen</li> <li>- Attraktivität von beruflicher Aus- und Weiterbildung</li> <li>- Relevanz höherer Bildung für den Arbeitsmarkt</li> <li>- geringe Teilnahme von Erwachsenen am lebenslangen Lernen und schwaches Kompetenzniveau bei Erwachsenen, insbesondere bei IKT</li> </ul>	---
<b>Portugal*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- hoher Anteil von Sitzenbleibern</li> <li>- Gleichgewicht in Grundausbildung und Ausmaß, in dem sozioökonomischer Hintergrund Bildungserfolg beeinflusst</li> <li>- Attraktivität höherer Bildung, und insbesondere der Universitäten</li> </ul>	---
<b>Rumänien*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zugänglichkeit höherer Bildung für benachteiligte Gruppen</li> <li>- Anzahl der Schulabbrecher weit über dem EU-Durchschnitt</li> <li>- Verfügbarkeit von und Zugang zu frühkindlicher Bildung und Pflege ist beschränkt, insbesondere in ländlichen Gebieten und für die Gemeinschaft der Roma</li> <li>- Abschlussrate in Tertiärbildung am zweitniedrigsten in der EU</li> <li>- Teilnahme Erwachsener am lebenslangen Lernen weit unter dem EU-Durchschnitt</li> <li>- staatliche Ausgaben für Bildung als Anteil des BIP am niedrigsten in der EU</li> </ul>	<b>X</b>
<b>Slowakei*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bildungsungleichgewichte bleiben hoch und Bildungsergebnisse wurden in den letzten Jahren schwächer</li> <li>- Teilnahme von Roma-Kindern an allgemeiner Bildung und an qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung muss steigen</li> <li>- Attraktivität des Lehrberufs für talentierte jungen Menschen ist gering</li> <li>- Lehrerbildung und berufliche Weiterbildung müssen verbessert werden</li> <li>- Qualität der höheren Bildung und Zusammenarbeit mit Arbeitgebern müssen verstärkt werden</li> <li>- bessere Kenntnis über die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes würde zu einer besseren Abstimmung von Bedürfnissen und Qualifikationen beitragen</li> <li>- Reformen erreichen nicht immer ihr volles Potenzial, teilweise weil Interessenträger nicht immer voll hinter den Reformen stehen und aufgrund von Schwächen in der Umsetzung</li> </ul>	<b>X</b>

Land	Spezifische Herausforderungen von allgemeiner und beruflicher Bildung	Empfehlungen zu allgemeiner und beruflicher Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters 2015
<b>Slowenien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- höheres Bildungssystem ist durch eine unverhältnismäßig hohe Anzahl von Studienprogrammen, eine hohe Anzahl von Studienabbrechern und Probleme mit fiktiven Inskriptionen gekennzeichnet</li> <li>- höherer Bildungssektor ist unterfinanziert und die Qualität des Unterrichts und der Ressourcen ist daher nicht nachhaltig</li> <li>- in der Sekundarbildung II haben umgekehrte demografische Tendenzen und die Senkung der Schülerzahlen dazu geführt, dass Schulen im ganzen Land Leistungen unter ihrem Niveau liefern</li> <li>- ausgesprochene regionale Unterschiede bei Ergebnissen nationaler Prüfungen, was darauf hinweist, dass der sozioökonomische Hintergrund starke Auswirkungen hat</li> </ul>	---
<b>Spanien*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- trotz einer ständigen Senkung der Anzahl der Schulabbrecher in den vergangenen sechs Jahren hat Spanien nach wie vor die höchste Anzahl in Europa, wobei zwischen den Regionen signifikante Unterschiede zu verzeichnen sind</li> <li>- auch große Ungleichgewichte in der Leistung von Schülern in Basiskompetenzen zwischen Kohorten, Schulen und Regionen, vorwiegend verbunden mit dem sozioökonomischen Hintergrund</li> <li>- Beschäftigungsfähigkeit von Hochschulabsolventen, insbesondere in bestimmten Disziplinen, bleibt eine enorme Herausforderung</li> <li>- signifikanter Anteil von Absolventen in Jobs beschäftigt, die kein Universitätsdiplom erfordern</li> </ul>	---
<b>Schweden</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- trotz hoher Investitionen sind die Schulergebnisse im Bereich der Beherrschung der Basiskompetenzen schwächer geworden</li> <li>- Gleichgewicht in schwedischen Schulen ist gesunken - jüngere Kohorten erzielen im internationalen Vergleich schwächere Ergebnisse als ihre Vorgänger, was Besorgnis weckt</li> <li>- Übergang von Schule zu Arbeit bleibt schwierig für junge Menschen, die die Schule verlassen, ohne die Sekundarbildung II abgeschlossen zu haben</li> <li>- Aufnahme der hohen Anzahl neu im Land angekommener Schüler ins Bildungssystem ist eine bedeutende Herausforderung</li> </ul>	
<b>VK*</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zugang zu frühkindlicher Bildung und Pflege für Kinder unter 4 Jahren</li> <li>- Lese- und Schreibkompetenz von 18- bis 24-Jährigen mit nur Sekundarbildung I</li> <li>- Rechenkompetenz bei 15-Jährigen</li> <li>- weitere Senkung der Anzahl der Schulabbrecher</li> <li>- Verfügbarkeit höherer Berufsbildungsmöglichkeiten bleibt hinter anderen europäischen Systemen zurück</li> </ul>	X

Quelle: Eigene Zusammenstellung, basierend auf EU-Kommission: Anzeiger für allgemeine und berufliche Bildung. Länderberichte 2015.

\* In diesen Ländern wurden in der jüngsten Vergangenheit oder werden zurzeit Reformen der allgemeinen und beruflichen Bildung ausgeführt.

## A.4: EIB-Darlehen für Bildungsinvestitionen 2011 - 2015 (Millionen Euro)

Land	Darlehen 2011-2015 gesamt	Darlehen 2014 gesamt	Darlehen 2015 gesamt	Darlehen für Bildungsvorhaben 2011-2015	Anteil Bildung %	Großvorhaben
Belgien	7.988	1.916	2.102	230	2,9	
Bulgarien	1.284	610	65	n. zutr.		
Tschech. Rep.	4.300	1.198	324	n. zutr.		
Dänemark	2.463	875	559	n. zutr.		
Deutschland	33.161	7.726	6.710	950	2,9	Hochschulen NRW 450 m
Estland	738	252	32	95	12,9	
Irland	3.347	932	745	663	19,8	Dublin City University & Trinity College 147 m
Griechenland	5.881	1.556	1.348	242	4,1	
Spanien	51.683	11.886	11.943	1.168	2,3	
Frankreich	33.245	8.213	7.928	4.826	14,5	verschiedene Collèges und Lycées, insgesamt etwa 800 m
Kroatien	2.140	635	358	3	0,1	40 m Investition in Krankenhaus
Italien	47.368	10.888	10.987	1.179	2,5	Investitionsplan für Schulmodernisierungen 908 m
Zypern	1.308	265	215	197	15,1	
Lettland	489	108	210	20	4,1	
Litauen	832	80	474	60	7,2	
Luxemburg	851	50	320	302	35,5	Bildungsinfrastruktur 300 m
Ungarn	5.926	756	1.424	490	8,3	Ungarische Akademie der Wissenschaften 120 m
Malta	67	0	27	n. zutr.		
Niederlande	7.671	2.194	2.079	230	3,0	
Österreich	8.777	1.496	1.795	n. zutr.		
Polen	26.474	5.496	5.545	252	1,0	Universität Polen Forschungsunterstützung 520 m Euro, nationale Zentren für Wissenschaft und Forschung 420 m Euro, medizinische Spitzenforschung 120 m
Portugal	6.646	1.320	1.413	210	3,2	
Rumänien	2.597	590	211	n. zutr.		
Slowenien	2.344	111	798	90	3,8	
Slowakei	2.891	556	1.042	n. zutr.		SZRB-Darlehen für KMU und Jugendbeschäftigung 15 m
Finnland	5.531	1.039	1.626	846	15,3	Bildungsinfrastruktur Helsinki 300 m, Bildungsinfrastruktur Vantaa 140 m
Schweden	6.412	1.411	1.590	118	1,8	Krankenhaus Helsingborg 270 m
VK	29.115	7.013	7.768	2.595	8,9	

Quelle: Statistischer Bericht EIB 2015

### A.5: Durch die EIB zwischen 1998 und 2015 finanzierte öffentlich-private Partnerschaften im Bildungsbereich

Jahr	Land	Projekt	Betrag EIB-Darlehen (Millionen EUR)
2015	VK	<b>Priority Schools Building Programme (PSBP)</b> 260 Schulen werden renoviert	
		<b>PSBP – North East</b>	65
		<b>PSBP – Hertfordshire, Luton &amp; Reading</b>	88
		<b>PSBP – North West</b>	69
		<b>PSBP – Midlands</b>	88
2014	Griechenland	<b>Schulen Attika (Gruppen I und II)</b> Planung, Bau und Gebäudeverwaltung von 24 neuen Schulen in der Region Attika in Griechenland mit einer Partnerschaftvereinbarung über 27 Jahre, bereitgestellt als zwei getrennte ÖPP-Teilprojekte, die jeweils 14 und 10 Schulen umfassen.	36
2013	VK	<b>City of Glasgow College</b> Planung, Bau und Instandhaltung eines neuen Campus für das City of Glasgow College unter Einsatz des NPD (Non-Profit Distributing) Beschaffungsmodells	95
2012	Irland	<b>Irische Schulen Gruppe III</b> Bau von acht Schulen	50
2010	Irland	<b>Irische Schulen</b> Bau von 23 weiterführenden und vier Grundschulen	45
2010	Schweden	<b>Neues Karolinska-Universitätsklinikum</b> Zusätzlich zum verbesserten Zugang zum Gesundheitswesen trägt die engere Kooperation zwischen Nya Karolinska Solna und der medizinischen Universität Karolinska Institutet zu den EU-Zielsetzungen in den Bereichen Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation bei.	699
2009	Portugal	<b>Universitätsklinikum Braga</b> 30-jährige Konzession zur PBF-Projektfinanzierung (Planung, Bau, Finanzierung, Instandhaltung) für den Bau und Betrieb eines neuen Universitätsklinikums.	65
2009	VK	<b>BSF Bildung</b> Investitionsdarlehen für englische ÖPP-Vorhaben im Rahmen des Programms „Building Schools for the Future“.	243
2008	VK	<b>Schulen in Dumfries &amp; Galloway</b> Bau und Sanierung von zehn Schulen und Gebäudeverwaltung	79
2007	VK	<b>Schulen in Newcastle</b> Bau/Sanierung von Schulen	79
2006	VK	<b>Schulen auf dem schottischen Hochland</b> Mittel für Grund-, Sekundar-, kombinierte Schulen und eine für Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen.	88
2005	VK	<b>Schulen in Argyll &amp; Bute</b> Ersatz von bis zu 28 Grund- und Sekundarschulen.	81
2005	VK	<b>Schulen in North Lanarkshire / Schottland</b> Sanierung und Instandhaltung von 3 Sekundar- und 21 Grundschulen	103
2004	VK	<b>Schulen in Cornwall</b> Bau, Sanierung und Instandhaltung von 1 Sekundar- und 16 Grundschulen.	345
2003	Irland	<b>National Maritime College</b> Planung, Bau, Finanzierung und Gebäudeverwaltung des neuen College.	29
2003	Irland	<b>Irische Schulen</b> Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung von weiterführenden Schulen.	38
2003	VK	<b>Schulen in Rotherham</b> Sanierung/Umbau von 17 (Senkung auf 15) Schulen, einschließlich	70

Jahr	Land	Projekt	Betrag EIB-Darlehen (Millionen EUR)
		Gebäudeverwaltung.	
2001	VK	<b>Schulen in Edinburgh</b> Modernisierung und Renovierung von 18 Schulen (Planung, Umbau, Sanierung und Dienstleistungen für die Schulen)	59
2001	VK	<b>Schulen in Kirklees</b> Sanierung und Modernisierung von zwanzig Schulen	40
2000	VK	<b>Schulen in Glasgow</b> Sanierung von 28 Sekundarschulen und einer Grundschule	166
2000	VK	<b>Schulen in Sheffield</b> Modernisierung von sechs Schulen	46
1998	VK	<b>Schulen in Falkirk (Schottland)</b> Umbau von fünf Sekundar- und Sonderschulen	56

Quelle: epec: Durch die Europäische Investitionsbank zwischen 1990 und 2015 finanzierte ÖPPs, April 2016